Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus,
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 267.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 17. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Die Frage der Arbeitsbücher im Reichstage.

Den Schluß der langwierigen zweiten Berathung über die Novelle zur Gewerbeordnung bildete am Sonnabend die Debatte über die Einführung der Zwangs-Arbeitsbücher für erwachsene Arbeiter. Der Arbeiter kann seine Arbeitskraft im freien Vertrage verwerthen und eben diese Thatsache, daß der Arbeiter dem Groß-Industriellen, dem Großgrundbesitzer, als gleichberechtigter Kontrahent gegenübersteht, der auch seinerseits seine Bedingungen stellen kann, scheint den Herren v. Klesti-Retzow, Ackermann und Genossen unerträglich.

Die obligatorischen Arbeitsbücher sollen ein Mittel dazu sein, diese unangenehme Thatsache aus der Welt zu schaffen. Mittelst derselben sollen die Arbeiterkoalitionen, welche den wirthschaftlich schwachen Arbeiter gegenüber dem kapitalistisch starken Arbeitgeber allein einigermaßen widerstandsfähig machen, zertrümmert und durch Koalitionen von Arbeitgebern, welche den wehrlosen Arbeiter politisch und wirthschaftlich ausbeuten können, ersetzt werden. Die inhumane Absicht wird durch schöne Redensarten verhüllt: Ordnung im Gewerbe, Moralität im Verkehr, Schutz für den ordentlichen, geschickten, fleißigen Arbeiter gegen Verwechslung mit dem Vagabonden — das sind die Schlagworte, mit denen man den deutschen Arbeitern die bittere Pille versüßen will.

Doch die Partei des Herrn v. Kleist-Retzow hat sich arg verrechnet. Unsere Arbeiter sind politisch reif genug, um nicht mehr auf solche Redensarten hineinzufallen. Fast 180,000 Unterschriften aus Arbeiterkreisen hat die Petition gegen die obligatorischen Arbeitsbücher gefunden, welche heute vom Reichstage als Schützer des gleichen Rechts für Alle die Zurückweisung dieser den deutschen Arbeitern drohenden Herabwürdigung fordern. Als die Gegner sahen, wie zu Tausenden die Arbeiter sich drängten, um feierlichen Protest gegen dieses reaktionäre Attentat einzulegen, da versprachen sie mindestens eine Million Unterschriften für die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher sammeln zu wollen. Aber die Arbeiter, welche doch am besten wissen müssen, was ihrem Fortkommen dienlich ist, haben sich von diesem Treiben fern gehalten. Zu rechter Zeit haben sich einige schlaue Führer von der aussichtslosen Sache losgesagt. Herr Stöcker, der große Arbeiterfreund, hat bei Zeiten Kehrt gemacht, und die „Kreuzzeitung" hat die Herren Ackermann, Hartmann und Genossen, die Antragsteller für die obligatorischen Arbeitsbücher, von den Rockschößen der konservativen Partei geschüttelt. Die Regierungsorgane haben zuerst nur vorsichtig für dieselben Propaganda gemacht, sie aber dann schnöde im Stiche gelassen.

Die Liberalen haben am Sonnabend noch einmal alle die Gründe öffentlich erörtert, welche zur Verwerfung der Zwangsarbeitsbücher für erwachsene Arbeiter führen müssen. Durch diese Maßregel wird der für alle Staatsbürger abgeschaffte Legitimations-(Paß-)Zwang für eine einzelne Klasse, die gewerblichen Arbeiter, wieder hergestellt und damit eine ungerechte und alle ehrlichen Arbeiter demüthigende Klassengesetzgebung erneuert. Die Nothwendigkeit oder auch nur Nützlichkeit der Arbeitsbücher zum Zwecke eines gesicherten und vertrauensvollen Arbeitsverhältnisses ist durch die Erfahrung nicht bestätigt, vielmehr ist bewiesen, daß, je nach Lage des Arbeitsmarktes, die Maßregel regelmäßig zu streng oder lax gehandhabt wird und demnach gerade dann versagt, wenn sie am nöthigsten wäre. Die Existenz des Arbeiters wird durch dieselbe schwer gefährdet, da auch der Tüchtigste und Ordentlichste oftmals durch Geschäftsverhältnisse zu Stellenwechsel gezwungen sein kann, außerdem aber durch unvermeidlichen Mißbrauch die Arbeitsbücher zu persönlichen, politischen und sozialen Führungslisten in den Händen der Prinzipale und Beamten werden und die Arbeiter in Abhängigkeit von den Arbeitgebern und ihren Koalitionen bringen. Durch alles Dies stehen die obligatorischen Arbeitsbücher in schroffem Widerspruch mit dem freien Arbeitsvertrag und erzeugen statt gegenseitiges Vertrauen nur Zwietracht und Verbitterung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.

Die gute Sache hat diesmal den Sieg davon getragen, der reaktionäre Antrag, welcher in der Kommission eine schwache, aus Konservativen und Ultramontanen bestehende Mehrheit erhalten hatte, ist abgelehnt und wird hoffentlich auch in der dritten Lesung dasselbe Schicksal haben, falls er wieder aufgenommen werden sollte. Jedenfalls haben die Erörterungen der Presse über die Frage der Arbeitsbücher und die Debatten im Reichstage viel dazu beigetragen, die Arbeiter aufzuklären und ihnen zu zeigen, daß sie ihre wahren Freunde nicht in dem Verfechten der staatssozialistischen Ideen, sondern nur in Denjenigen finden, welche nicht mit nebelhaften Phrasen ihre wahren Zwecke und Ziele zu verschleiern suchen, sondern mannhaft und ernst für die Erhaltung der freiheitlichen Errungenschaften eintreten — in den Anhängern des Liberalismus.

Deutschland.

□ **Berlin**, 15. April. Die Zirkularverfügung, welche der Justizminister aus Anlaß der zunehmenden Zahl der Meineide an die Gerichte erlassen hat, und in welcher er für die Eidesleistung die größtmöglichste Feierlichkeit anordnet, sowie der Umstand, daß der Justizminister zur Beseitigung dieses Mißstandes die Mithilfe des Kultusministeriums und der Kirchenbehörden angerufen hat, wird jetzt von den Konservativen zu Gunsten ihres im Reichstage eingebrachten Eidesantrages ausgebeutet. Wir können den von dem Justizminister ergriffenen Maßregeln vollständig zustimmen, ohne daraus Konsequenzen zu Gunsten des obligatorischen konfessionellen Eides unter den erschwerenden Formen des konservativen Antrages zu ziehen. Es mag richtig sein, daß einzelne Richter durch ihr Verhalten in dem Schwörenden die Vorstellung erwecken, daß es sich bei der Eidesleistung nur um eine rein äußerliche gerichtliche Form, nicht um das letzte, feierliche Mittel der Wahrheitsermittelung handle, auf dessen gewissenhafter Anwendung die ganze staatliche Rechtsordnung und die öffentliche Moral begründet ist. Es mag auch zutreffen, daß man in Richterkreisen zu häufig ohne die dringendste Nothwendigkeit zur Eidesleistung greift, um sich andere umständlichere Wahrheitsbeweise zu ersparen. Allein dagegen genügt es, für eine Verminderung der Zahl der Eide bis zur Grenze der absolut nothwendigen und für eine der Bedeutung des Eides mehr angemessene Feierlichkeit beim Schwur seitens des Richters zu dringen. Eine solche Aenderung der Praxis wird sicher auf den gewöhnlichen, äußeren Eindrücken mehr zugänglichen Mann dieselbe gemüths- und gewissenserregende Wirkung üben, wie der von den Reaktionären aus ganz anderen Gründen gewünschte kirchliche Pomp, der nicht in den bürgerlichen Gerichtssaal gehört. Schule und Kirche können auf die Verminderung der Meineide nur auf erziehlichem Wege, durch Pflege der Wahrheitsliebe und Verbreitung der Kenntniß von der Heiligkeit des Eides wirken. Im Uebrigen wird versichert, daß der konservative Eidesantrag im Reichstage voraussichtlich eine Majorität nicht erhalten wird. Dies ergiebt sich wenigstens aus den Aeußerungen von Reichstagsmitgliedern, die verschiedenen Fraktionen angehören. In bundesräthlichen Kreisen wird gegen den Antrag angeführt, daß früher nur in Holstein (Gesetz vom 14. Juli 1863) ein Christ für die Eidesabnahme die Substituirung eines christlichen Richters verlangen durfte, und daß früher nur im Königreich Sachsen jüdischen Notaren die eidliche Verpflichtung eines Christen untersagt war.

ℬ **Berlin**, 14. April. Gleichzeitig mit der Verlesung der kaiserlichen Botschaft im Reichstage, ist dem Bundesrath der Abschluß des Reichshaushaltsetats zugegangen. Nach diesem Etatsentwurf sind die Ausgaben auf 601,256,660 Mark, nämlich auf 551,511,504 M. an fortdauernden und auf 49,745,156 M. an einmaligen Ausgaben, festgestellt. Das Etatsgesetz besagt ferner, daß der Reichskanzler ermächtigt werden soll, zur vorübergehenden Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Bedarf von 70 Millionen Mark hinaus, Schatzanweisungen auszugeben. In dem gegenwärtigen Etat sind die fortdauernden Ausgaben auf 537,297,305 M. und die einmaligen Ausgaben auf 53,259,328 Mark normirt; der nächstjährige Entwurf erhöht demnach erstere um 14,214,199 M. und ermäßigt letztere um 3,514,173 M., so daß eine Gesammterhöhung des Etats um 10,700,026 M. in Aussicht genommen ist. In der dem Entwurf beigefügten Denkschrift wird ausgeführt, daß demselben der frühere gleichzeitig mit dem Etat 1883/84 vorgelegte Entwurf zu Grunde liegt. Dieser Entwurf hat diejenigen Aenderungen erfahren, welche durch die Rückwirkung der zum Etat für 1883/84 vom Reichstag gefaßten, demnächst vom Bundesrath angenommenen Beschlüsse, und bei einzelnen auf Fraktionsberechnung beruhenden Anschlagspositionen durch die inzwischen gewonnenen weiteren Erfahrungen bedingt waren. Neue Forderungen sind nur in soweit gestellt, als für dieselben eine unzweifelhafte Dringlichkeit geltend zu machen war. Von der Wiederholung solcher Forderungen, deren Ablehnung bei Berathung des Etats für 1883/84 als eine, nach der Absicht des Reichstags, nicht blos zeitweilige anzusehen war, ist Abstand genommen. Das durch den Etat für 1884/85 zu begleichende Endergebniß des Reichshaushalts vom Jahre 1882/83 ist auf Grund der Februar-Abschlüsse anderweit abgeschätzt worden. Es kann danach auf den in den vorliegenden Entwurf eingestellten Ueberschuß von 6,600,000 M. gerechnet werden. Außerdem werden aus dem hierbei außer Betracht gelassenen Ertrage der Zölle, der Tabaksteuer und der Reichsstempelabgaben an die einzelnen Bundesstaaten für die jüngst abgelaufene Rechnungsperiode 3,200,000 M. mehr, als im Etat vorgesehen, zu überweisen sein. Von den nach dem Etatsentwurfe im Wege der Anleihe zu deckenden Bedarfsbeträgen bilden diejenigen, zu deren Beschaffung im Wege des Kredits eine gesetzliche Ermächtigung noch nicht ertheilt ist, den Gegenstand eines besonderen Anleihegesetzes. Diese Anleihe, im Gesammtbetrage von 20,280,734 Mark, soll zu Zwecken der Verwaltung des Reichsheeres (11,832,834 M.), der Marineverwaltung (8,197,900 M.) und der Eisenbahnverwaltung (250,000 M.) Verwendung finden. Der Beitrag des Reichs zu den Kosten des Zollanschlusses Hamburgs von 4 Millionen Mark war in den Anleihe-Gesetzentwurf nicht aufzunehmen, weil die Ermächtigung zu seiner Beschaffung im Wege der Anleihe bereits durch das Gesetz vom 16. Februar 1882 ertheilt worden ist. — Die Matrikularbeiträge für 1884/85 sind auf 103,593,340 M., d. i. 11,704,538 M. mehr als im Vorjahre, veranschlagt worden.

— Betreffs der in der letzten Sitzung des Reichstages verlesenen kaiserlichen Botschaft schreibt uns ein parlamentarischer Mitarbeiter unseres Blattes:

Die ganze Situation wäre vielleicht danach angethan, um dieselbe in Form einer Adresse als Antwort auf die Botschaft zu kennzeichnen. Aber zum Beschluß einer Adresse fehlt den Liberalen die sichere Mehrheit und Herrn Windthorst paßt augenblicklich nichts weniger als ein Aussprechen über die gesammte Situation. Vielleicht einigen sich die Fortschrittspartei und die liberale Vereinigung über den Wortlaut einer Adresse. Der Entwurf einer Adresse würde, auch wenn er nicht zum Beschluß erhoben würde, seine Wirkung üben. Aber auch abgesehen von dem Antrag auf Erlaß einer Adresse werden alle Berathungsgegenstände der nächsten Wochen Gelegenheit bieten, sich über den Inhalt der Botschaft zu äußern.

— Der Kronprinz hat das Komite, welches eine Sammlung durch ganz Deutschland veranstaltete und zur silbernen Hochzeitsfeier den gesammelten Betrag überreichte, jetzt einberufen lassen, um die Ansichten desselben über die Verwendung dieses Fonds zu hören.

— Die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck lauten eben entschieden günstig. Nachträglich vernimmt die „N. Z." von dem Reichskanzler nahestehender Seite, daß die großen diplomatischen Aufgaben dieses Winters auf die im Laufe desselben ausgegebenen Krankheitsbulletins nicht ohne Einfluß gewesen sein mögen.

— Wie im „Reichs-Anzeiger" amtlich bekannt gemacht wird, ist der Generallieutenant v. Caprivi, Chef der kaiserlichen Admiralität, zum Bevollmächtigten des Bundesraths ernannt worden.

— Ueber die parlamentarischen Dispositionen bemerken die „Berl. Pol. Nachr.":

Die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses am Montag werden Petitionen ausfüllen. Unter der stattlichen Reihe der Berichte sind von allgemeinerem Interesse diejenigen, welche die Vivisektionsfrage und die Frage der Erhaltung oder Rekonfessionalisirung paritätischer Schulen im Regierungsbezirk Düsseldorf betreffen. Ob indessen die letztere wirklich verhandelt oder nicht, vielmehr von der Tagesordnung abgesetzt werden wird, um mit der Krefelder Schulfrage zusammen erledigt zu werden, steht noch dahin. Da der Bericht über die Verwaltungsgesetze frühestens am Montag festgestellt, am Dienstag vertheilt werden kann, wird zunächst voraussichtlich die Vorlage wegen Erweiterung des Staatsbahnnetzes, in welcher die Budgetkommission die Vorlage bezüglich des Kölner Bahnhofes verarbeitet hat, das Abgeordnetenhaus beschäftigen. Daß dieselbe am Dienstag zur Erledigung kommt, ist nicht wahrscheinlich, zumal die Sitzung voraussichtlich auch in später Stunde anberaumt werden wird, um den Fraktionen Zeit zur Berathung zu lassen. Die Verwaltungsgesetze können nicht gut vor Sonnabend den 21. zur Berathung gelangen. Auf eine frühere Berathung zu dringen, liegt am wenigsten im Interesse des Zustandekommens derselben. Denn, wenngleich die Beschlüsse der Kommission seit Wochen in den Händen der Abgeordneten sind, muß ihnen jedenfalls Zeit genug gelassen werden, um den Bericht, welcher sehr umfangreich sein wird, zu studiren; wollte man dies nicht thun, so würde nur allzuleicht der Schein einer tumultuarischen Sachbehandlung hervorgerufen und bei denjenigen, welche längere Zeit für die Prüfung beanspruchen, Mißstimmung erzeugt, die eine sachliche Behandlung dieser recht schwierigen Fragen beeinträchtigen würde. Mit Rücksicht hierauf wird in manchen Kreisen angenommen, die Berathung dieser Gesetze würde gar erst am 23. d. M. beginnen.

— Ueber den Zeitpunkt, zu welchem die Abmachungen zwischen Italien, Deutschland und Oesterreich zu Stande gekommen sind, existiren verschiedene Lesarten. Es kann als im hohen Grade wahrscheinlich betrachtet werden, daß der Abschluß in die ersten Wochen des laufenden Jahres fiel. Daß der Weg von Rom nach Berlin über Wien geht, war der italienischen Diplomatie schon seit geraumer Zeit geläufig. Für die Situation zu Ausgang des Jahres 1882 bleiben die Artikel bezeichnend, welche Bedeutung und Tragweite des österreichisch-deutschen Bündnisses einer eingehenden und keineswegs durchaus befriedigten Untersuchung unterzogen. Möglich, daß gerade damals die kritische Periode namentlich für die Regelung der Grundlagen der Verständigung zwischen Wien und Rom gewesen ist. Die Verständigung, welche zwischen Italien, Deutschland und Oesterreich getroffen worden ist, verbindet nach den Mittheilungen der „N. A. Z." jeden der drei Mächte, auch bei dem vereinzelten Angriff Frankreichs auf eine der Mächte den Angriff gemeinsam abzuweisen. Nachdem was über das deutsch-österreichische Bündniß verlautete, setzte der casus foederis den Angriff zweier Staaten auf einen der Vertragsschließenden voraus. Es läge also in der neuen Abmachung nach Darstellung der „N. A. Z." auch Oesterreich gegenüber eine Erweiterung des bisherigen Vertragsrahmens.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht eine vom 2. April datirte, in französischer Sprache abgefaßte Note, welche der deutsche Gesandte in Madrid an den spanischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet hat und in welcher der spanischen Regierung der Vorschlag gemacht wird, mit der deutschen Regierung in einen Schriftwechsel einzutreten, um so die dem Abschluß des deutsch-spanischen Handelsvertrages noch entgegenstehenden Differenzen zu beseitigen. In der Note wird dann noch des Weiteren ausgeführt, daß und warum die deutsche Regierung auf die von Spanien gewünschte Herabsetzung des Eingangszolles für Salz auf 6 M. nicht eingehen kann. Die Eingangsabgabe, welche für Salz zu zahlen ist, hat nicht die Natur eines Zolles, sondern stellt eine Verzehrungssteuer dar, welche zum gleichen Betrag auch dem in Deutschland produzirten Salz auferlegt ist. Die von Spanien gewünschte Eingangsabgabe auf 6 M. würde für die deutsche Regierung eine Verminderung der Einnahmen aus der Salzsteuer herbeiführen, die sich auf 21 Millionen Mark pro Jahr erheben dürfte, und diese Summe würde an Bedeutung alle Vortheile überragen, welche man in Deutschland von dem neuen Handelsvertrage mit Spanien erhoffen kann. Die Unmöglichkeit, in diesem Punkte den spanischen Wünschen nachzugeben, leuchtet um so mehr ein, wenn es wahr ist, daß, wie die deutsche Statistik ergiebt, die Einfuhr spanischen Salzes in Deutschland den Werth von hundert Mark pro Jahr nicht übersteigt. Die deutsche Regierung ist dagegen bereit, sich zu verpflichten, den Zoll auf ausländisches Salz in der Folge nicht höher zu bemessen, als die einheimische Abgabe, und diese Letztere nicht über 12 Mark per 100 Kilogramm, d. h. über den gegenwärtigen Satz zu erhöhen. In ähnlicher Weise behandelt die Note noch den Zoll auf Roggen, von dem sie darlegt, daß er für Spanien nur eine ganz untergeordnete Bedeutung habe, während in Bezug auf den Weintrauben-Zoll die Note weitere Konzessionen Deutschlands in Aussicht stellt. Zum Schluß macht die Note des deutschen Gesandten nochmals darauf aufmerksam, daß ein schriftlicher Meinungsaustausch statt der gegenwärtigen telegraphischen Verhandlungen den von beiden Theilen gewünschten Abschluß der Verhandlungen wesentlich erleichtern würde.

— Wie die „M. Ztg.“ erfährt, beabsichtigt die Reichsregierung eine gründliche Revision des im deutschen Handelsgesetzbuche geregelten Eisenbahntransportrechts. Dieselbe hat bereits vor einiger Zeit beim Bundesrathe angeregt, entweder die geplante Revision des Handelsgesetzbuches zu beschleunigen oder bis zur Neuregelung des Handelsrechts ein die größten Mißstände auf dem Gebiete des Eisenbahntransportrechts beseitigendes Zwischengesetz zu erlassen. Dabei sollen neben dem Gütertransport die den Personentransport betreffenden Verhältnisse, für welche eine gesetzliche Regelung noch gar nicht besteht, eine entsprechende Berücksichtigung erfahren. Das Bedürfniß einer Revision des deutschen Eisenbahntransportrechts hat schon der fünfte deutsche Handelstag vom 15. Mai 1872 durch eine besondere Resolution ausgesprochen.

— Der dem Reichstage zugegangenen amtlichen Statistik über die Auswanderung nach überseeischen Ländern im Jahre 1882 entnehmen wir die folgenden Daten: Aus Europa sind im Jahre 1882 im Ganzen 229,418 Personen ausgewandert. Hiervon entfallen auf das deutsche Reich allein 167,280 Personen, also nahezu zwei Drittheile der gesammten Auswandererzahl. Neben Deutschland erreicht Oesterreich-Ungarn die höchste Zahl mit 34,922, sodann das europäische Rußland mit 11,400 Personen, während die europäische Türkei nur 2 Auswanderer aufzuweisen hat. Belgien ist mit 10, Frankreich mit 13 und die Niederlande sind mit 34 Personen aufgeführt. Von 167,280 deutschen Auswanderern entfallen wiederum allein auf den preußischen Staat 116,664 Personen. Die Provinz Pommern führt die stattliche Zahl von 22,400 Personen auf, sodann ist die Provinz Westpreußen mit 16,428 Personen zu nennen. Die niedrigste Zahl weist die Provinz Ostpreußen mit 1610 Personen, sodann das Rheinland mit 2325 Personen auf.

— Die Direktion der deutschen Dampfschifffahrtsgesellschaft „Hansa“ zu Bremen spricht in ihrem am 12. April den Aktionären erstatteten Jahresbericht der Reichsregierung ihren „wärmsten Dank“ für „thatkräftige Unterstützung“ aus, indem nämlich während der egyptischen Kriegswirren deutsche Kanonenboote ihre nach oder von Ostasien fahrenden Dampfer sicher durch den Suezkanal geleitet haben. Auf eine andere neuerdings vielerörterte Unterstützung, d. h. mit Geld aus dem großen Reichssäckel, konnte die bremer Gesellschaft um so eher verzichten, als sie schon für ihr erstes Geschäftsjahr, „welches in den meisten Fällen mit der Organisation und der Anschaffung der Schiffe hinzugehen pflegt,“ fünf Prozent Dividende zahlen kann.

Guben, 14. April. In unserer Stadt wurde vor zwei Jahren eine Wohlthätigkeitsanstalt gegründet unter dem Namen „Beschäftigungs-Anstalt für Bettelkinder“. Die auf den Landstraßen sich herumtreibenden, an Müßiggang und Laster sich gewöhnenden Bettelkinder sollen in dieser Anstalt nützlich beschäftigt und an Ordnung und Sauberkeit gewöhnt werden. Als Lohn ihrer Arbeit erhalten die Kinder Mittag- und Abendbrot; auch ein kleiner Verdienst an Geld wird ihnen gutgeschrieben, so daß sie bei ihrer Konfirmation mit einem neuen Anzuge versehen werden können. Die Erfolge fehlen der jungen Anstalt nicht. Innerhalb der Stadt scheint die Hausbettelei von Kindern fast ganz aufgehört zu haben; weniger scheint dies auf dem Lande der Fall zu sein, trotzdem die betreffende Anstalt sich wiederholt an die Landbevölkerung gewandt hat mit der Bitte, den Kindern nichts zu verabreichen und sie auf die Beschäftigungsanstalt zu verweisen. Im vorigen Herbst ist ein neues schönes Haus erbaut worden, in welches die Anstalt jetzt übersiedeln wird.

Oschersleben, 14. April. Nachdem im Laufe dieser Woche durch öffentliche Bekanntmachung im „Kreisblatte“ von Seiten der hiesigen Polizeiverwaltung auf den § 116 des Reichs-Strafgesetzbuches, betreffend den Auflauf von Menschen ꝛc., wiederholt aufmerksam gemacht worden ist, erläßt heute der Magistrat wie der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Bertog folgenden Aufruf:

„Bedauerlicher Weise haben am vorigen Sonntage auf einigen Straßen hiesiger Stadt Ansammlungen von Menschen stattgefunden, wodurch die öffentliche Ruhe und Ordnung erheblich gestört worden ist. Im Interesse unserer Stadt, welche bei Wiederholung derartiger Vorgänge ernsten Maßregeln ausgesetzt wird, fordern wir unsere Mitbürger hiermit auf, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung besorgt zu sein. Wir hoffen, daß es nur dieses Appells an den gesunden Sinn der Bürgerschaft hiesiger Stadt bedarf, um eine Wiederholung der stattgehabten Exzesse unmöglich zu machen.“

Hamburg, 14. April. Die Schlußverhandlung in der „Cimbria-Sultan“-Angelegenheit war auf Mittwoch angesetzt worden. Sie wurde indeß, wie die „B. B. Z.“ erfährt, auf Antrag des Reichskommissars Mac-Lean auf unbestimmte Zeit vertagt, da noch fehlende wichtige Berichte beizubringen sind. Der „Sultan“ wurde gegen Garantie freigegeben und wird nach Beendigung der kontraktlichen Reparatur am 28. April nach England zurückkehren. Kapitän Cutill muß jedoch in Hamburg verbleiben.

Metz, 12. April. Als die Straßburger Tabaks-Manufaktur eine Verkaufsstelle nach der andern in Altdeutschland eingehen lassen mußte, glaubte man nicht, daß den Verkaufsstellen in den Reichslanden ein gleiches Schicksal beschieden wäre, da man sich die langen Jahre hindurch an den Regietabak und die Monopol-Zigarren gewöhnt hatte. Vom 15. Mai d. J. ab jedoch giebt die Tabaksmanufaktur, wie der „Westf. Merk.“ erfährt, ihre hiesige Verkaufsstelle, die sie vor 2½ Jahren gründete und für die sie s. Z. 2000 M. Abstandsgeld bezahlte, auf, „weil prinzipiell keine Verkaufsstellen mehr bestehen sollen“.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 14. April. Bei der heute im Abgeordnetenhause fortgesetzten Spezialdebatte über die Mittelschulvorlage kam § 71 zur Berathung, welcher bestimmt, daß Personen, die in fremden Staaten leben und nicht ungarische Bürger sind, auch ausländische Gesellschaften, Mittelschulen weder errichten, noch unterstützen dürfen. Nachdem Abg. Wolff (Sachse) unter Berufung auf die geistlichen Orden, deren Obere im Auslande domiziliren, diese Bestimmung für unberechtigt erklärt hatte, lehnte das Haus den Paragraphen ab. Der Ministerpräsident Tisza erklärte in Beantwortung der Ausführungen Wolff's, die ungarische Regierung habe niemals einen Rath vom heiligen Stuhle verlangt, weder auf direktem, noch auf indirektem Wege, und werde dies auch künftighin nicht thun. Es sei eine pure Verdächtigung, zu behaupten, die Regierung hätte sich mit dem katholischen Klerus abgefunden. Trotz aller Anstrengung sei es dem Abgeordneten Wolff nicht gelungen, einen Nationalitätshader zu stiften und einen Kulturkampf heraufzubeschwören. Der Ministerpräsident bittet das Haus, die Sünden des Abgeordneten Wolff mit ungarischer Großmuth zu verzeihen. (!!) (Eljenrufe.) — Hiernach wurden die noch übrigen Paragraphen der Mittelschulvorlage und somit die ganze Vorlage unter lebhaften Eljenrufen erledigt.

Sodann beantwortete der Ministerpräsident Tisza die Interpellation Helfy's über die Tripelallianz:

Es könne, glaube er, heute Niemand darüber mehr in Zweifel sein, daß die Auslassungen des italienischen Ministers Mancini viele willkürliche, über ihren wahren Sinn hinausgehende Auslegungen gefunden haben. Die europäische Presse habe gewissermaßen die politischen Kreise in Bewegung gesetzt. Dieselbe brauche immer etwas, was eine Emotion hervorrufe. Vor Kurzem sei von einer österreichisch-deutsch-russischen Allianz geschrieben und gesprochen worden, nun spreche man von einem österreichisch-ungarisch-deutsch-italienischen Schutz- und Trutzbündniß, dessen Spitze gegen Frankreich gerichtet sei, selbst von einer österreichisch-ungarisch-italienischen gegenseitigen Gebietsgarantie. Angesichts solcher Nachrichten pflege eine Widerlegung nicht auszubleiben. Diese sei auch diesmal erfolgt, und zwar von der kompetentesten Seite, dem Minister Mancini, dessen irrthümlich ausgelegte Rede zu diesen Gerüchten Anlaß gegeben habe. Hier könne seines Erachtens nicht maßgebend sein, was die einzelnen Zeitungsmeldungen theils aus Mißverständniß, theils nach ihrem Parteistandpunkte, sondern was der Minister Mancini selbst gesagt habe. Dieser habe weder von einem Schutz- und Trutzbündnisse, noch von einer gegen Frankreich gerichteten Entente, Allianz oder Gebietsgarantie gesprochen. Er könne seinerseits hinzufügen, daß es keinen Sinn haben würde, wenn Oesterreich-Ungarn sich einer Kombination anschlösse, welche aus einem feindlichen Gefühle gegen Frankreich entspringen würde, mit welchem man auf freundschaftlichem Fuße stehen und bleiben wolle. (Lebhafte Zustimmung.) Daß Ungarn oder die Völker der Monarchie die erste Nachricht von dem Bestehen des Einverständnisses mit Italien aus dem Munde des Ministers des Auswärtigen eines anderen Staates erfahren hätten, sei nicht richtig, die Aeußerung des italienischen Ministers sei im Wesentlichen identisch mit den vom Grafen Kalnoky der ungarischen Delegation in Pest gemachten Mittheilungen. Beide Minister hätten konstatirt, daß Italien sich der konservativen auswärtigen Politik der im Zentrum Europas befindlichen Großmächte von Deutschland und Oesterreich-Ungarn angeschlossen habe, um deren Zweck auf alle mögliche Weise zu erhalten und zu sichern. Dieselben konstatirten, daß Italien, sich dieser konservativen, auf Erhaltung des Friedens gerichteten Politik anschließend und in diesem Geiste getreu mitwirkend, die Freundschaft und das Einverständniß im Interesse dieses friedlichen Zieles immer mehr befestigt und vollständiger gestaltet habe. Da diese Enunziation des Ministers des Aeußeren der Wahrheit vollkommen entspreche, könne jeder aufrichtige Freund des innern Friedens der Nation und der friedlichen Entwickelung derselben sie nur freudigst begrüßen und könne darin eine nicht hoch genug anzuschlagende Garantie des Friedens erblickt werden. (Lebhafter Beifall.) Die äußeren Verhältnisse hätten sich seit der erwähnten Auslassung in keiner Weise geändert; er glaube, der Umstand, daß die drei kontinentalen europäischen

---

Hanka.

Eine Erzählung aus den Bergen von Max Ring.

(Nachdruck verboten.)

(20. Fortsetzung.)

Einer solchen Drohung, die noch durch zwei gespannte Büchsenläufe nachdrücklich unterstützt wurde, vermochte selbst der freche Wilddieb nicht zu widerstehen, der sich unerwartet gefangen sah und sich nicht zu rühren wagte.

„Sie haben kein Recht,“ entgegnete er, „einen ehrlichen Mann anzuhalten, der friedlich seiner Wege geht.“

„Das wird sich finden,“ versetzte der Jäger. „Erst wirst Du, ehrlicher Mann, mir sagen, wohin Du mit dem Kinde da willst?“

„Ich soll es zu seinem Vater bringen.“

„Wer ist der Vater?“

„Das brauche ich Ihnen nicht auf die Nase zu binden.“

„Nimm Dich in Acht, Josef! Das Gericht wird Dir schon den Mund öffnen und Dich zwingen, den Namen zu nennen. Du kommst mit mir, und wenn Du Dich sperrst, so mache ich, wie Du weißt, keine Umstände mit Dir. Vorwärts!“

Von der Nutzlosigkeit jedes ferneren Widerstandes überzeugt, ergab sich der Wilddieb fluchend in sein Geschick und folgte dem Förster, der mit geladenem Gewehr an seiner Seite schritt und ihn bewachte, begleitet von dem ebenfalls bewaffneten Forstgehilfen. Schon nach kurzer Zeit begegnete Hanka mit dem Professor dem seltsamen Aufzug und stürzte mit lautem Freudenruf auf den Knaben zu, der ihr die kleinen Arme lächelnd entgegenstreckte.

Wenige Worte des Professors genügten, den Jäger über den wahren Sachverhalt aufzuklären und Hanka in den Besitz des geraubten Kindes zu setzen. Während sie im Triumph den wiedergefundenen Knaben auf ihren Armen nach der Villa Harrach trug, wanderte der Wilddieb zwischen dem Förster und dessen Gehilfen in das Gefängniß der nächsten Kreisstadt, um dem Gericht wegen dieses neuen Verbrechens Rede zu stehen.

X.

Die Verhaftung und gerichtliche Untersuchung gegen den Wilddieb, die diesmal mit weit größerer Strenge als früher geführt wurde, erschien dem davon benachrichtigten Baron so bedenklich, daß er es für gerathen hielt, seine Reise noch weiter, noch längere Zeit auszudehnen und seinen augenblicklichen Aufenthalt sorgfältig zu verbergen, aus Furcht, in einen für ihn höchst peinlichen Prozeß verwickelt zu werden.

Durch alle diese aufregenden Ereignisse und unangenehmen Gerüchte, die ihr nicht verschwiegen bleiben konnten, hatte das Herzleiden der kranken Baronin so sehr zugenommen, daß die zu Rath gezogenen Aerzte das Aergste befürchteten und ihr baldiges Ende erwarteten. Mit der ihr eigenen Ruhe und rührenden Resignation sah die unglückliche Frau dem nahen Tode entgegen, traf sie ihre letzten Verfügungen, um das Schicksal ihres verwaisten Kindes so viel als möglich zu sichern und dasselbe vor seinem unnatürlichen Vater zu beschützen.

Nachdem die Baronin zu diesem Zweck einen ihrer nächsten Verwandten, den Fabrikbesitzer Großheim und den ihr ergebenen Verwalter ihrer Güter telegraphisch zu sich beschieden und zu Vormündern des Knaben bestellt hatte, ließ sie sich von Hanka eine sorgfältig verwahrte Schatulle reichen, die ihre wichtigsten Papiere, Briefschaften und werthvollsten Dokumente enthielt.

„Hanka!“ sagte sie mit feierlicher Stimme, „ich vertraue Dir diese wichtigen Schriften an, von denen das Glück und die Zukunft meines Sohnes, die Ehre meiner Familie und das Leben jenes elenden Mannes abhängt. Du allein kennst den Inhalt dieser Schatulle und bist die einzige Mitwisserin seiner Schuld und jenes furchtbaren Geheimisses, das ein wunderbarer Zufall oder die göttliche Vorsehung Dich in einer unglücklichen Stunde entdecken ließ. Darum übergebe ich Dir jetzt dieses traurige Vermächtniß, das mir in Deinen Händen am sichersten aufgehoben scheint.“

„Und was soll ich damit thun?“ fragte Hanka unwillkürlich bei dem Anblick der ihr nur zu gut bekannten Schatulle schaudernd.

„Du wirst,“ fuhr die Baronin bewegt fort, „die Papiere und den — blutigen Handschuh meines Mannes so lange bewahren, bis Du Dich überzeugt hast, daß der Baron nicht mehr am Leben ist. An dem Tage, wo Du die sichere und beglaubigte Nachricht von seinem Tode empfängst, wirst Du die versiegelte und verschlossene Schatulle mit dem Dir zugleich von mir übergebenen Schlüssel öffnen und Alles, was Du darin findest, bis auf das letzte Blatt verbrennen, daß keine Spur davon übrig bleibt. Schwöre mir, daß Du meine letzte Bitte genau erfüllen und mit keinem Menschen, selbst nicht mit dem Professor, darüber reden willst!“

„Ich schwöre,“ versetzte Hanka mit erhobener Hand, „bei meiner Seligkeit, Alles zu thun, was die gnädige Frau von mir verlangen und das mir anvertraute Geheimniß zu bewahren, so wahr mir Gott helfen und gnädig sein möge.“

„Ich danke Dir,“ sagte die Baronin und reichte ihr die abgemagerte Hand, indem sie nach einer kleinen Pause hinzufügte: „Sollte jedoch, wie ich fürchte, der Baron früher oder später zurückkehren, mein Testament angreifen und das Vermögen oder gar die Sicherheit meines Kindes bedrohen, so wirst Du auf die erste Nachricht von Seiten der von mir für diesen Fall angewiesenen Vormünder Alles thun, was in Deiner Macht steht, um die Pläne des Barons zu vereiteln und meinen Sohn zu beschützen, indem Du zu diesem Zweck von den Dir übergebenen und bekannten Papieren den geeigneten Gebrauch mit der nöthigen Vorsicht machst.“

„Wie soll ich aber den Herrn Baron hindern? Ich bin nur ein armes, ohnmächtiges Mädchen, das er verachten und verspotten wird.“

„Und doch bist Du die einzige Person, die er fürchtet, weil Du sein Geheimniß weißt und er Deinen Muth und Deine Energie kennt. Er wird es nicht wagen, Dir zu widerstehen, wenn Du ihm mit der Veröffentlichung der in Deinen Händen befindlichen Beweise drohst.“

„Wenn er sich aber weigert und sich nicht abschrecken läßt, wie ich leider glauben muß —“

„So ermächtige ich Dich, die Schatulle dem Grafen Schwarzenfels zu übergeben und ihm Alles zu sagen. Gott weiß, wie schwer es mir fällt, den Vater meines Kindes anzuklagen, aber ich darf nicht zugeben, daß der Baron meinen Sohn beraubt und ihn verdirbt. Ich selbst verzeihe ihm von ganzem Herzen alle Leiden, die er mir zugefügt, und möchte ihm gern die unausbleibliche Strafe ersparen. Deshalb bitte ich Dich auch, nur im äußersten Nothfall, nur in der höchsten Gefahr für Konrad zu diesem letzten Mittel zu greifen und von den Dir anvertrauten Beweisen Gebrauch zu machen. Es ist ein schwerer, ge-

Mächte zum Zwecke der Aufrechthaltung des Friedens zu einem freundschaftlichen Verhältnisse gelangten, könne Jedermann nur beruhigen, zumal diese Spitze gegen Niemand gerichtet sei. Beunruhigen könnte dies nur eine solche Macht, welche entschlossen wäre, den Frieden zu stören. Eine solche Macht existire aber seines Wissens nicht. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Abg. Helfy konstatirt seine Befriedigung über die Erklärung des Ministerpräsidenten, insofern derselbe in Abrede gestellt habe, daß die Spitze der Allianz gegen Frankreich gerichtet sei; Redner wünscht aber Aufklärung darüber, wessen Angriff befürchtet werde und gegen wessen Angriff somit das Einverständniß gerichtet sei. Ministerpräsident Tisza widerspricht einer Auslegung seiner Worte dahin, als ob von irgend einer Seite ein Angriff beabsichtigt sei. Die Auslegungen des Grafen Kalnoky und Mancinis stimmten überein. (Der Minister bewies dies mit Zitirung der betreffenden Stellen.) Mancini habe von der friedlichen Entwickelung der allgemeinen europäischen Zivilisation gesprochen und betont, daß der Frieden dazu unbedingt nothwendig sei. Nun, wer für die Erhaltung des Friedens einstehe, der fördere die friedliche Entwickelung der Zivilisation. — Haus und Interpellant nahmen die Antwort mit lebhaftem Beifalle zur Kenntniß.

Frankreich.

Paris, 14. April. Marschall Bazaine hat soeben unter dem Titel: Episoden aus dem Kriege von 1870 und der Belagerung von Metz (Episodes de la guerre de 1870 et le blocus de Metz par l'Ex-Maréchal Bazaine) ein Buch veröffentlicht, das schon um seines Verfassers willen geeignet ist, das allgemeine Interesse zu erwecken. Der Marschall hat für seine Arbeit das Motto: „Veritas vincit" (die Wahrheit siegt) gewählt. Das Buch ist der Königin Isabella II. gewidmet. Einem Vorwort folgen „Allgemeine Betrachtungen" über die militärische Lage Frankreichs vor dem Kriege, in welchen der Marschall das Verdienst für sich in Anspruch nimmt, den Kaiser und den Kriegsminister Marschall Niel wiederholt darauf hingewiesen zu haben, wie Preußen unausgesetzt bemüht sei, sich in Baden festzusetzen und preußische Offiziere in Zivil die Rheindepartements durchstreiften, wie ihm als dem Kommandeur des dritten Korps jedoch jede Karte über die Befestigungen in seiner Provinz fehlte. Niel habe ihm in wiederholten Unterredungen versichert, daß der Krieg mit Deutschland nahe bevorstehe, daß man aber vermeiden wolle, als Angreifer zu erscheinen, damit Europa sich zu Frankreich nicht feindlich stelle. In vierzehn Tagen könnten viermalhundert Tausend Mann an der Grenze stehen. In sechs Kapiteln verfolgt der Marschall die einzelnen Phasen des Krieges vom Beginn desselben bis zur Kapitulation von Metz unter steter Rücksichtnahme auf die von den Belastungszeugen in seinem Prozeß gemachten Aussagen, gegen welche er Depeschen, Befehle und Korrespondenzen aus jener Zeit zu seiner Rechtfertigung ins Feld führt. Zum Schluß des dritten Kapitels heißt es nach Anführung der Aussage des Marschalls Mac Mahon: „Warum ist der Marschall Bazaine vor dem Lande für alle Unglücksfälle von 1870 verantwortlich gemacht worden? Hier ist die Antwort: Mac Mahon ist zum Präsidenten der Republik ernannt worden, um die Monarchie wiederherzustellen, deren Vertreter er war! Bazaine wurde zum Tode verurtheilt, weil er Vertreter des Kaiserreichs gewesen." Am 15. August hoffte der Kaiser noch auf das Eintreten Oesterreichs und Italiens in den Kampf und befahl daher Bazaine, mit äußerster Vorsicht zu verfahren und nichts dem Zufall zu überlassen. Merkwürdig ist, daß in den mitgetheilten Schriftstücken als Ursachen der französischen Niederlagen von deren Generalstab angeführt wird: 1) Ueberraschung, weil man nicht genug spionirt habe; man müsse es wie die Preußen machen; 2) Zersplitterung der Streitkräfte; 3) zu geringe Truppenzahl. Dann heißt es weiter: „Wenn Frankreich nicht zur Macht zweiten Ranges und zum Vasallen Deutschlands herabsinken will, so muß es zur siebenjährigen Dienstzeit zurückkehren, jährlich ein Kontingent von mindestens 260,000 Mann einstellen und eine wirklich brauchbare Mobilgarde von einer Million haben." Die Schrift Bazaines wird jedenfalls eine unbefangenere Auffassung als bei den Franzosen in deutschen zuständigen Kreisen finden.

Rußland und Polen.

△ **Warschau**, 13. April. (Orig.-Korr. d. „Pos. Ztg.") Unsere Börsenkreise waren nicht wenig bestürzt, als aus Berlin niedrigere Rubelkurse mit dem Bemerken depeschirt wurden, die Krönungsfeierlichkeiten wären aufgeschoben. Auf direkte Anfrage hat sich zwar die Grundlosigkeit dieses Börsenmanövers herausgestellt und Rubel notiren etwas höher, obgleich sie bisher den ganzen Verlust noch nicht einholen konnten. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß der hervorragendste politische Akt des Jahres doch im Mai stattfindet; die hierzu erforderlichen Vorbereitungen werden thunlichst beschleunigt. Bereits sind die Kroninsignien und sonstige Regalien nach dem Kreml abgegangen. Von Reformen verlautet übrigens kein Sterbenswörtchen. Die Kosten der politischen Unterhaltung bestreiten ausschließlich die an verschiedenen Orten jetzt verhandelten Nihilistenprozesse, die nicht ohne Absicht auf den gegenwärtigen Zeitpunkt verlegt wurden. Die Regierung glaubt einerseits dadurch die Aufmerksamkeit der Anarchisten von Moskau abzulenken und andererseits durch Umwandlung der zu fällenden Todesurtheile in lebenslängliche Freiheitsstrafen die Nachsicht der Terroristen zu erkaufen. Inwiefern dieser Plan auf Erfolg rechnen kann, bleibt dahingestellt. — Wir registriren nur noch die Meldung der polnischen Blätter Galiziens, wonach General Albedinsky bereits diejenigen Persönlichkeiten des hiesigen Adels designirt haben soll, die als „Vertreter Polens" den Krönungsfeierlichkeiten beiwohnen sollen. Hier ist davon nichts bekannt. — Die neulich erwähnte Verfügung des Postdepartements betreffs der Beschränkung des Sonn- und Feiertags-Postverkehrs hat soeben eine „Erläuterung" nöthig gemacht. Das Departement deklarirt nämlich seinen Ukas dahin, daß das Austragen der Briefe durch den Briefträger, sowie die Ausgabe von Zeitungen und Druckschriften nach wie vor in bisheriger Weise erfolgen wird. Es geschieht das mit Rücksicht auf die inländische Presse, welche zu sehr von den auswärtigen Zeitungen lebt, um solche auch nur einen Tag entbehren zu können. Das mußten auch Blätter vom Schlage der „Nowoje Wremja" zugeben, um eine Beseitigung des ursprünglichen Post-Erlasses zu bewirken.

Das Komite der hiesigen kaufmännischen Ressource hat das Bedürfniß gefühlt, sich gründlich zu blamiren und hat auch diesen Zweck vollauf erreicht. Als nämlich der bekannte Deklamator und früherer Vortragsmeister am Wiener Stadttheater, Herr Alexander Strakosch, das genannte Komite um Ueberlassung des Klubsaales anging, um daselbst Rezitationen klassischer Meisterwerke zu veranstalten, wurde ihm ein abschlägiger Bescheid zu Theil, da es sich um deutsche Vorträge handelte. Selbst die Fürsprache des Herrn Szymanowski, Chefredakteur des sehr einflußreichen „Kurjer Warszawski", konnte die nationalen Skrupel des Komite's nicht überwinden, woraufhin der talentvolle Künstler unverrichteter Sache abziehen mußte. Das Verhalten des Ressourcen-Komite's wird in allen intelligenten Kreisen und seitens der gesammten Presse einstimmig verurtheilt, indem man mit Recht hervorhebt daß solche kleinliche Chikanen mit Patriotismus nichts gemein haben. Zu Ehren unseres Kaufmannsstandes sei es gesagt, das derselbe in dem Komite nur durch ein Mitglied vertreten war, während die Majorität aus höheren Beamten und behäbigen Spießbürgern bestand. Glücklicherweise gehören solche läppische Ausschreitungen zu den Seltenheiten unseres gesellschaftlichen Lebens und finden bei der großen Masse der Intelligenz absolut keinen Anklang. — Der vierhundertjährige Geburtstag Raphaels gab auch unseren Kunstkreisen Veranlassung das Andenken des großen Meisters zu ehren. Die Professoren Struve und Gerson beleuchteten in zwei ausgezeichneten öffentlichen Vorträgen die Bedeutung des bisher unerreichten Künstlers für seine Epoche und der späteren Jahrhunderte; treffliche im Saale ausgestellte Kopien der Hauptwerke Raphaels erleichterten dem zahlreich versammelten distinguirten Publikum das Verständniß für die geniale Thätigkeit des Meisters von Urbino.

Nachschrift. Soeben erfahre ich, das die Deputation der Warschauer Bevölkerung zu den Moskauer Krönungsfeierlichkeiten aus folgenden Herren bestehen wird: Stadtpräsident General Starynkiewicz, Hausbesitzer Jan Zawisza, Kaufmann Stanislaw Brun.

Petersburg, 12. April. Zur Frage über die projektirte Besteuerung der Auslands-Pässe wird der deutschen „Pet. Ztg." eine Zuschrift eingesandt, in welcher auf folgenden Punkt die Aufmerksamkeit gelenkt wird: „Wie wird es mit den russischen Unterthanen werden, welche im Auslande Immobilienbesitz haben, Fabriken angelegt, oder sonst ein Unternehmen begonnen haben? Der ausländische Fabrikant oder Grundbesitzer in Rußland kann unbesteuert nach Rußland kommen und, so oft es seine Interessen erheischen, persönlich seine Geschäfte hier betreiben; der russische Unterthan hingegen, der im Auslande ebensolche Interessen hat, wird jedes Mal besteuert werden, und sollte er auch nur auf einige Tage seiner Geschäfte wegen, in's Ausland gehen. Die Ansicht, daß es im Reiche nicht viele Russen giebt, welche im Auslande Besitzungen, Fabriken 2c. haben, wäre schon durch die einfache Thatsache zu widerlegen, daß viele Russen, aus den westlichen Provinzen, in Galizien, Posen, Ost- und Westpreußen, noch aus früheren Zeiten, besitzlich sind, oder Eigenthum, durch Erbschaft, dort erworben haben, oder aber im Auslande vortheilhafte Kapital-Anlagen fanden. Wäre aber auch die Zahl solcher Besitzer und Unternehmer selbst sehr gering, so müßte ein neues Gesetz die Interessen derselben dennoch in Betracht ziehen, denn das Gesetz, im Allgemeinen, hat die gesellschaftlichen und staatlichen Interessen zu schützen, nicht aber sie zu schädigen."

Die „Nowosti" erfahren, daß das Krönungszeremoniell in allen Punkten festgestellt ist und spätestens am 22. April veröffentlicht werden wird. Morgen, am 13. April, reist Geheimrath Richter nach Moskau, um dort die letzten Anordnungen zu treffen. Zu den Feierlichkeiten soll ausländischen Korrespondenten der Zutritt in weitgehender Weise gestattet werden. Auch alle Hoffestlichkeiten, Bälle 2c. sollen sie mitmachen dürfen. Die „Nowosti" erfahren, daß die französische Presse besonders zahlreich vertreten sein wird. U. A. wird auch der bekannte Mitarbeiter des „Figaro", Albert Wolff, erwartet.

Serbien.

Belgrad, 13. April. Helene Markovich, welche schon mehrere Monate wegen des Attentats auf König Milan sich in Untersuchungshaft befindet, hat einen Selbstmordversuch gemacht, indem sie sich die Schlagadern mittelst eines Tischmessers oder einer Stricknadel öffnete. Nach Wiener Blättern ist sie am Mittwoch an den Folgen der Verwundung gestorben; wie aber der „Frankf. Ztg." gemeldet wird, ist die Verwundung noch rechtzeitig bemerkt und befindet sich die Gefangene auf dem Wege der Besserung. Wenn der Tod erfolgt, so ist der Attentatsprozeß zu Ende. Von den zahlreichen nach dem Attentat Verhafteten waren alle bis auf die zwei Frauen Helene Markovich und Helene Knitjanie bald entlassen worden. Letztere hat schon im März im Gefängnisse ihrem Leben ein Ende gemacht.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 14. April.

* Die Kommission des Reichstags für die Zuckersteuer hat gestern Abend ihre zweite Sitzung abgehalten und die Generaldiskussion zu Ende geführt. Es war selbstverständlich nicht zu vermeiden, daß schon jetzt vielfach Fragen in die Debatte hineingezogen wurden, die erst nach Beendigung der Enquete ihre endgültige Erledigung finden können. Der Vorsitzende, Herr v. Bennigsen, vertrat mit besonderer Entschiedenheit die Forderung, daß man die Frage der provisorischen Regelung von der Frage der definitiven Erledigung so scharf als möglich trenne; andererseits aber auch dafür, daß die Regierung die Enquete so schnell als möglich ins Werk setze, um wo möglich schon in der nächsten Session mit definitiven Vorschlägen vor den Reichstag treten zu können. Herr Schatzsekretär Burchard kam dieser Forderung mit der Erklärung entgegen, daß für die Enquete Alles vorbereitet sei, daß dieselbe im nächsten Monat werde zusammentreten können, ihre Arbeiten vielleicht bis zum Juli erledigen werde, so daß es nicht ausgeschlossen sei, schon in der nächsten Session eine Vorlage zu machen. Die Herren Rohland, Büchtemann, Sonnemann und Reichensperger vertraten die Ansicht, daß die Regierungsvorlage völlig ungenügend sei, um auch nur für die Zeit des Provisoriums einen befriedigenden Zustand herbeizuführen. Abg. Rohland hat den Antrag gestellt, eine Kontrolsteuer auf Rohzucker mit 1 Mk. auf den Zentner einzuführen.

---

jährlicher Dienst, den ich von Dir fordere, aber ich weiß, daß ich mich auf Dich verlassen darf."

„Gott und die heilige Jungfrau werden mir die Kraft verleihen und mir beistehen."

„Ihre Gnade wird auf Dir ruhen, wenn Du die letzten Wünsche einer Sterbenden erfüllst."

Mit derselben Liebe wie für ihren Sohn suchte die Baronin die Zukunft Hanka's zu sichern, indem sie ihr in ihrem Testamente eine angemessene Summe zu ihrer Ausstattung aussetzte und ihre Hand in die des Professors legte.

„Ich scheide ruhiger," sagte sie, die Verlobten segnend, „da ich weiß, daß Hanka einen Mann gefunden hat, der sie nicht verlassen wird. Mögen sie Beide so glücklich werden, wie Sie es verdienen, glücklicher als ich in meiner Ehe war."

Tief erschüttert umarmte und küßte der Professor die weinende Hanka in Gegenwart der Baronin, der einzigen Zeugin und Mitwisserin ihrer Liebe. Sie verlobten sich Beide im Angesichte des Todes, gedrängt durch die traurigen Verhältnisse, durch den Wunsch der sterbenden Freundin und durch die Sorge um Hanka's Zukunft, früher, als die Liebenden gedacht und beabsichtigt hatten, ohne Wissen ihrer nächsten Freunde und Verwandten, in tiefster, durch die Umstände gebotenen Stille.

Bevor aber der Professor, wie er wollte, seiner noch lebenden Mutter, der Frau Senator Winter, den wichtigen Schritt mittheilen konnte, erhielt er von ihr einen Brief, der ihn in die größte Aufregung versetzte und beunruhigte.

Wie er aus ihrem Schreiben ersah, hatte bereits die Geheimräthin v. Winnig und noch mehr die ebenfalls von St. Peter zurückgekehrte Familie Schuppe, die er nicht minder in der letzten Zeit vernachlässigt und beleidigt, aus Rache in seiner Vaterstadt das Gerücht von seinem skandalösen Verhältniß mit einer herumziehenden Musikantin verbreitet und mit den üblichen Uebertreibungen und boshaften Bemerkungen ausgeschmückt. Jetzt bat und beschwor ihn die besorgte, ängstliche Mutter um Gottes willen, den gefährlichen Umgang mit einer so tief unter ihm stehenden Person abzubrechen und so bald als möglich zurückzukehren, wenn sich diese Mittheilungen wirklich bestätigen sollten; was sie jedoch nicht glauben wollte, da er nach ihrer Ansicht doch unmöglich so tief sinken könnte, um seine Stellung, seine Pflicht und die ihr und sich selbst schuldigen Rücksichten zu vergessen und einer gewöhnlichen Dirne aufzuopfern.

(Fortsetzung folgt.)

Stadttheater.

„Hans Lange".

Posen, 16. April.

Als Abschiedsvorstellung in dem genuß- und erfolgreichen Gastspiele des Herrn Dr. Förster ist mit glücklichem Griff das fesselnde Heyse'sche Schauspiel in neuer Einstudirung gewählt worden. Die Vorzüge und Mängel der Heyse'schen Dramen, insbesondere des „Hans Lange" sind unschwer zu erkennen. Der Stoff an sich erscheint zwar für das Drama nicht minder geeignet, als für die Novelle, doch hat der Dichter seiner vorzugsweise auf das Novellenhafte gerichteten Natur in der Art der Behandlung, namentlich was die Form der Gedanken anbetrifft, allzuviel Raum gegeben, wodurch sich stellenweise eine gewisse Alltäglichkeit und hausbackene Trivialität bemerkbar macht. Dieselbe wird jedoch durch eine vorzügliche Charakterzeichnung, packende Energie der Situationen und kompakte Einheit der Handlung so sehr aufgewogen, daß dem Stücke für eine jedesmalige Wiederkehr ein unausbleiblicher Erfolg gesichert ist. Am wenigsten dramatischer Kürze und Konsequenz zeigt der letzte Akt; die Handlung schwankt eine Zeit lang hin und her und wendet sich schließlich nach einiger mehr dekorativer Begründung einem Ausgange zu, der wiederum seinem Wesen nach novellistisch, weit weniger dramatisch ist. — Im Vordergrunde des Interesses stand, wie natürlich, der Hans Lange des verehrten Gastes. Die thatkräftige, mannhafte, derbe, gerade und doch mit einer guten Dosis urwüchsiger Schlauheit ausgestattete Figur des pommerschen Bauern, den das Geschick zum Hofmeister eines Prinzen macht, erschien in der Auffassung des Herrn Dr. Förster in überzeugender Naturwahrheit verkörpert, wobei wiederum jener gemüthvolle Grundton Förster'scher Individualität und Auffassung, welcher alle dramatischen Effektmittel verschmäht und nur der Herausarbeitung der Figur nach der Seite ihres seelischen Lebens die ganze Aufmerksamkeit zuwendet, besonders wohlthuend wirkt. Das Publikum, dem dies Gastspiel stets eine angenehme Erinnerung bleiben wird, nahm von dem Gaste enthusiastischen Abschied. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß Herr Dr. Förster vor 27 Jahren unter der Direktion Wallner an unserem Stadttheater engagirt gewesen ist und hier die ersten Proben seines großen, sich damals erst entwickelnden Talents gegeben hat.

Die ständigen Mitglieder unserer Bühne waren überaus gut bei Stimmung und schienen mit dem Gaste in trefflichem Spiel förmlich wetteifern zu wollen und dies nicht ohne Erfolg. Den übermüthigen Trotz des Prinzen Bugslaff hüllte Herr Bach in eine herzgewinnende Liebenswürdigkeit des Charakters ein, ohne welche es dem verwilderten Obenaus schwer fallen muß, unsere Sympathie zu gewinnen und der Großknecht Hennig des Herrn Rahn ergänzte ganz prächtig das männliche Trio in dem Lanzke'schen Bauernhause. Herr Rahn hatte in der ganzen Auffassung des eifersüchtigen, ebenfalls mit viel gesundem Bauerwitz begabten, von Charakter aber kreuzbraven Burschen, vortrefflich Maske gemacht, war aus seiner privaten Individualität so ganz herausgetreten, wie ihm dies nicht oft gelungen sein mag. Mit großer Konsequenz ward von ihm der richtig angeschlagene Grundton durchgeführt, auch die allermeisten Pointen, die zum Theil nicht ohne Schwierigkeiten sind, mit großer Sicherheit zur Geltung gebracht. Eine Art Pendant zu diesem bäuerlichen Biedermanne war der Jürgen von Krokow des Herrn Zink, ein getreues Abbild des pommerschen Saufaus und getreuen Vasallen, eine Rolle, die Herrn Zink eine vortreffliche Gelegenheit bot für sein schönes Talent für die seriösen Rollen des Heldenfachs. Nicht minder vorzüglich war der Henoch des Herrn Retty, wohingegen Herr Nowack den intriganten Hofmarschall von Massow nicht durchweg gleich ausdrucksvoll charakterisirte; im ersten Akte weit präziser, plastischer, als späterhin. — Die Herzogin Sophie war bei Frau Zink, die alte Gertrud Lange bei Frau Mosewius angemessen untergebracht. Die Dörte Lange gab Frl. Ulrichs mit der nöthigen Munterkeit und Natürlichkeit einer feschen Bauerndirne. Das Publikum folgte dem Schauspiele mit sichtbarem Interesse und zeichnete die Darsteller vielfach durch Zeichen des Beifalls aus. P.

Abg. Sonnemann kündigte den Antrag an, den Ertrag der Zuckersteuer auf 55 Mill. Mk. zu kontingentiren. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Regierungsvorlage entweder unverändert angenommen wird, oder daß die Ermäßigung der Exportbonifikation von 40 Pf. auf 60 Pf. vermehrt wird. Die Spezialdiskussion wird am Freitag beginnen und soll in zwei Lesungen erfolgen.

* Die Holzzollkommission des Reichstags hat heute nach längerer Diskussion als § 2 der Vorlage folgenden von dem Abg. Frhrn. v. Pfetten eingebrachten Antrag mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen: „An die Stelle der Nr. 1 des § 5 des Gesetzes, betreffend Abänderung des Zolltarifs — Gesetz vom 15. Juli 1879 — treten folgende Bestimmungen: „Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht von denjenigen außerhalb der Zollgrenze gelegenen Grundstücken, welche von innerhalb der Zollgrenze befindlichen Wohn und Wirthschaftgebäuden aus bewirthschaftet werden; ferner Erzeugnisse der Waldwirthschaft, wenn die außerhalb der Zollgrenze gelegenen Grundstucke eine Zubehör bilden und mindestens seit dem 15. Juli 1879 im Eigenthum eines Bundesstaates oder inländischer Gemeinden, Waldgenossenschaften oder Privaten stehen." Als § 3 haben die Abgg. Graf Adelmann und Dr. Frege zu beschließen beantragt: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Gegen diesen Antrag erhob sich aus der Mitte der Kommission lebhafter Widerspruch. Die Diskussion über denselben wird in der nächsten Sitzung am Donnerstag Abend fortgesetzt. In dieser Sitzung wird auch über die beim Reichstag eingegangenen Petitionen verhandelt. Diejenigen, welche Petitionen in Zirkulation gesetzt haben, werden gut thun, sie baldigst nach Berlin zu senden.

* Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs betr. die Entschädigung für unschuldig erlittene Straf- und Untersuchungshaft hat heute die zweite Lesung ihrer Beschlüsse beendigt. Die Vorschriften über das Verfahren bei Entschädigungsklagen wurden bestätigt. Der Entwurf soll demnächst endgültig redigirt und in der nächsten Sitzung der Kommission zur definitiven Beschlußfassung vorgelegt werden.

* In der Gewerbeordnungs-Kommission hat der Abg. Richter folgende Resolution beantragt: Die Militärverwaltungen zu ersuchen, die Verwendung von dienstpflichtigen Mannschaften in den Offizierbekleidungsanstalten nicht zu gestatten. Die Diskussion über die Anträge Baumbach und Genossen und v. Gagern gelangte zu keinem Ergebniß.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin**, 16. April, Abends 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus. Bericht über Petitionen gegen die Vivisektion. Die Unterrichtskommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung, Jansen Ueberweisung an die Regierung, v. Minnigerode: die Regierung solle die Frage der Unentbehrlichkeit der Vivisektion und Maßregeln gegen die Mißbräuche in Erwägung ziehen.

Der Kultusminister bestreitet die Mißbräuche und weist auf die großen Vortheile der Vivisektion für die medizinische Wissenschaft hin.

Reichensperger (Köln) und Windthorst befürworten den Antrag Jansen, Huyssen und Langerhans den Antrag der Kommission.

Das Haus nahm den Antrag v. Minnigerode an.

Nach Erledigung einer Reihe unwesentlicher Petitionen vertagte sich das Haus auf morgen.

Tagesordnung: Sekundärbahnen.

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagt, die neuesten Madrider Nachrichten ließen annehmen, daß nur der spanische Finanzminister Gegner des Abschlusses der Handelsvertragsverhandlungen sei; die Gegnerschaft dieses wichtigsten Ressorts dürfte aber entscheidend um so schwerer überwindbar sein, als sie mehr auf politischen als wirthschaftlichen Grundsätzen beruhen soll. Trotz der unablässigen Bemühungen der beiderseitigen Diplomatie werde keine Aussicht auf das Zustandekommen des Handelsvertrages übrigbleiben.

Locales und Provinzielles.

Posen, 16. April.

d. [Die polnische Fraktion und die Novelle zur Gewerbeordnung.] Aus Anlaß des neulichen Artikels der „Posener Zeitung" über „Die Haltung der polnischen Fraktion in den Gewerbeordnungs-Debatten" bespricht sowohl der „Kuryer Pozn.", wie der „Orendownik" diese Angelegenheit. „Der „Kuryer Pozn." meint zu unserer Ansicht: das neue kirchenpolitische Gesetz könne vielleicht auch für die polnische Geistlichkeit einige Erleichterungen herbeiführen; er wolle nicht bestreiten, daß die polnische Fraktion, wenn sie bei den Debatten über die Novelle zur Gewerbeordnung für den Kommissionsantrag gestimmt, dabei ihren Hintergedanken haben konnte. In dem „Brusttone der Ueberzeugung" und mit einem gewissen Pharisäismus fährt das ultramontane Organ dann fort: die polnische Fraktion lasse sich da, wo es um Ueberzeugung und Grundsätze geht, nicht durch die Berechnung des Vortheils oder des Verlustes bestimmen; sie lasse sich nicht in Transaktionen ein, sondern stimme so, wie Gewissen und Ueberzeugung es gebieten. (Soll das etwa ein Seitenhieb auf die Zentrumspartei sein?) Sie habe für die Anträge der Kommission gestimmt, weil sie glaubte, daß der Hausirhandel unter strengere Kontrolle gestellt werden müsse, und habe nach Ansicht des „Kuryer" im Sinne der polnischen Wähler gestimmt. Sie habe aber dabei gleichzeitig die Gelegenheit wahrgenommen, durch den Mund des Abg. v. Chlapowski zu erklären, daß es nicht Aufgabe der Polizei sei, sich in Vereine, welche auf gesetzlicher Grundlage basiren, einzumischen ꝛc. — Der „Orendownik", welcher bekanntlich besonders die Interessen der Handwerker und der kleinen Grundbesitzer vertreten will, erklärt: Die polnischen Wähler würden es ihren Abgeordneten verargen, wenn diese nicht die Beschränkung der Gewerbefreiheit unterstützten, welche nach Ansicht der polnischen Handwerker und ländlichen Wirthe das Gewerbe und den Klein-Grundbesitz ruinire. Die Schäden, welche die polnische Gemeinschaft durch die Gewerbefreiheit erleide, seien unzweifelhaft bedeutender, als diejenigen, welche sie durch die Ueberschreitung der Polizeigewalt davontragen könne. Die polnische Fraktion habe also von zwei Uebeln das kleinere, d. h. in diesem Falle die Vermehrung der Polizeigewalt, gewählt.

r. [In Betreff der Unterrichtssprache beim katholischen Religionsunterrichte] in den Volksschulen des Regierungsbezirks Posen ist von der königl. Regierung unter dem 7. d. M. folgende wichtige Verfügung erlassen worden:

Bei Gelegenheit anderweitiger Feststellungen ist zu unserer Kenntniß gebracht, daß unter mißbräuchlicher Anwendung der Ober-Präsidial-Bestimmungen vom 27. Oktober 1873 in denjenigen Schulen, welche überwiegend von Kindern polnischer Zunge besucht werden, selbst den deutschen Kindern katholischen Bekenntnisses der schulplanmäßige Religionsunterricht vielfach gemeinsam mit den Kindern polnischer Zunge ausschließlich in polnischer Sprache ertheilt wird. Dieselben sind dadurch ihrer deutschen Nationalität entfremdet worden. Dieses darf in Zukunft unter keinen Umständen mehr geduldet werden. Wir bestimmen daher ausdrücklich, daß: in sämmtlichen öffentlichen und privaten Schulen unseres Ressorts der Religionsunterricht allen deutschen Kindern von dem Beginne des ersten Unterrichts ab schon auf der Unterstufe ausschließlich in deutscher Sprache zu ertheilen ist. Zu diesem Zwecke sind überall da, wo zur Sicherung des Erfolges es sich empfiehlt, besondere Religions-Abtheilungen zu bilden. — Nachdem ferner die Oberpräsidial-Bestimmungen sich nunmehr fast volle 10 Jahre in Geltung befunden haben, so daß kein einziges Kind einer Schule angehört, welches nicht bereits von seinem Eintritte in die Schule ab unter der Geltung und Wirkung dieser Bestimmungen den Schulunterricht genossen hat, ordnen wir in Ausführung des alinea II desselben hierdurch ferner an, daß: in sämmtlichen öffentlichen und privaten Schulen unseres Ressorts für den Religionsunterricht auch derjenigen Kinder, welche zwar polnischer Zunge, aber in der Kenntniß der deutschen Sprache soweit vorgeschritten sind, daß ein richtiges Verständniß auch bei der in deutscher Sprache erfolgenden Unterweisung erreicht werden kann, die deutsche Sprache fortan als Unterrichtssprache auf der Mittel- und Oberstufe zu gebrauchen ist. Demgemäß bestimmen wir im Besonderen, daß: a) in denjenigen öffentlichen und privaten Schulen, in welchen die Zahl der deutsch sprechenden Kinder die Hälfte der Gesammtzahl oder mehr beträgt, b) in sämmtlichen drei- und mehrklassigen öffentlichen und privaten städtischen Schulen die deutsche Sprache für den Religions-Unterricht sämmtlicher Kinder als Unterrichtssprache auf der Mittel- und Oberstufe zu verwenden ist.

Abweichungen hiervon dürfen nur mit unserer besonderen Genehmigung erfolgen.

Ob und wie weit der Stand der Sprachkenntniß auch in den übrigen Schulen die Einführung der deutschen Sprache in die oberen Stufen als Unterrichtssprache für den Religions-Unterricht der Kinder polnischer Zunge gestattet und erforderlich macht, darüber behalten wir uns die Entscheidung für jeden einzelnen Fall vor. Wir sehen dieserhalb dem besonderen Berichte der Herren Kreis-Schulinspektoren binnen 8 Wochen entgegen ꝛc.

d. [In der Affaire v. Chlapowski-Sello] bringt der „Kuryer Poznanski" folgende Mittheilung:

„Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Mittheilung der „Vossischen Ztg.", welche dem Abg. v. Chlapowski insinuirt, derselbe habe sein Versprechen nicht gehalten, mit der Wahrheit nicht übereinstimmt. Der Abg. Dr. Sello hat zwar dem Abg. v. Chlapowski vorgeschlagen, mit ihm zu dem Termine zu gehen, indem er hinzufügte, daß, da es sich um einen geringen Unterschied bei der Abstimmung handle, ihre Stimmen sich gegenseitig aufwiegen würden. Auf diesen Vorschlag hat Abg. v. Chlapowski negativ geantwortet, d. h. er ging auf denselben nicht ein."

— [Posener Herren-Reiter-Verein.] Nachstehendes vom königlichen Hof-Marschall-Amte an Se. Exzellenz den Herrn kommandirenden General von Stiehle gerichtetes Schreiben geht uns heut zum Abdruck zu:

Berlin, den 6. April 1883.

Euer Exzellenz gereicht es mir zum Vergnügen, hierdurch ganz ergebenst mittheilen zu können, daß Seine Majestät der Kaiser und König auf meinen Vortrag auch für das Rennen von Offizieren des 5. Armee-Korps einen Ehrenpreis gern zu bewilligen geruht haben. Um nun den dazu Allerhöchst bestimmten Gegenstand Euer Exzellenz rechtzeitig übermitteln zu können, haben Sie die Güte, mich noch zu benachrichtigen, an welchem Tage das betreffende Rennen stattfinden wird.

gez. Graf Pückler.

An den kommandirenden General des 5. Armee-Korps, königlichen Generallieutenant und Generaladjutant Seiner Majestät des Kaisers und Königs Herrn von Stiehle, Exzellenz in Posen.

— **Der Präsident des Oberlandesgerichts Herr v. Kunowski** hat sich gestern zur Inspektion des Amtsgerichts nach Jastrow begeben.

— **Herr Oberlandesgerichtsrath Plath** hierselbst ist, wie wir hören, in das Reichsschatzamt berufen worden.

r. **Professor Molinski**, welcher, wie schon mitgetheilt, am 10. d. Mts. auf einem Spaziergange von einem Schlaganfalle getroffen wurde, ist in Folge desselben heute Morgens im Alter von 66 Jahren gestorben. Derselbe war zu Lissa geboren, studirte in Breslau Philologie, wurde i. J. 1844 am Gymnasium zu Tremessen angestellt und nach Auflösung dieser Anstalt an das königliche Mariengymnasium zu Posen versetzt, an welchem er eine segensreiche Thätigkeit entfaltet hat, bis er zu Ostern d. J. auf seinen Antrag in den wohlverdienten Ruhestand versetzt wurde; gleichzeitig wurde ihm in Anerkennung seiner Verdienste der Rothe Adlerorden verliehen. Es sollte dem hochverdienten Manne, der sich bei seinen Kollegen und zahlreichen Schülern allgemeiner Hochachtuug und Liebe erfreut hat, leider nicht vergönnt sein, noch einen langen Lebensabend zu genießen!

r. **Schulinspektion.** Dem Pfarrer Krebs in Xions ist für die Dauer der Pfarrvakanz in Sandberg die Lokalaufsicht über die evangelischen Schulen zu Sandberg und Gostyn, dem Distriktskommissarius Schmidt in Dolzig die Aufsicht über die evangelische Schule daselbst, dem Rittergutsbesitzer Pietsch-Schröner in Daleszyn die Aufsicht über die dortige evangelische Schule, und

Die deutschen Kolonisten im Gouvernement Warschau während der letzten fünf Jahre.

(Aus dem Petersburger „Regierungsanzeiger".)

Die deutschen Kolonieen im Gouvernement Warschau sind vorzugsweise am Ufer der Weichsel belegen, ein Theil im Gebiete des Fürstenthums Lowicz, der größere Theil jedoch auf dem Grund und Boden, welcher bis zum Erlaß des Ukases vom 19. Februar 1864 Privateigenthum größerer Grundbesitzer war. Gegenwärtig zählt das Warschauer Gouvernement 61 Dörfer mit rein deutscher Bevölkerung, 586 Dörfer mit deutscher und polnischer Mischbevölkerung. Die Zahl der deutschen Meiereibesitzer, die auf Grund des genannten Ukases ihr Eigenthum erworben haben, beziffert sich nach den Daten des Jahres 1881 für das Gouvernement Warschau auf 5576, das in ihrem Besitz befindliche Land übersteigt die Summe von 8 Millionen Rubel. Außer diesen Hofbesitzern leben eine gleiche Anzahl, wenn nicht noch mehr, Personen ausländischer Herkunft in den deutschen Ansiedelungen landloser Arbeiter, welche die ländlichen Arbeiten bei den deutschen Meiereibesitzern verrichten.

Ein Hauptwirthschaftszweig in den an der Weichsel belegenen Kolonieen ist die Zucht von Milchvieh zur Produktion von Butter und Käse und die Pferdezucht. Sowohl Milchvieh als Pferde, die von den Kolonisten gezüchtet werden, sind von ausgezeichnetem Schlage. Nicht von geringerer Bedeutung als diese Zweige der Wirthschaft ist der Gartenbau, der bedeutende Erträge abwirft. Die Getreidekultur muß sich in den an der Weichsel belegenen Kolonieen der Frühjahrsüberschwemmungen wegen auf die Aussaat von Sommerkorn beschränken; in den weiter vom Ufer gelegenen Kolonieen wird hauptsächlich die besser im Preise stehende Runkelrübe angebaut. Auch in diesen letztern Kolonieen spielt die Vieh- und Pferdezucht trotz des Mangels natürlich berieselter Wiesen sichtlich eine Rolle, dank dem Anbau von Gras und Futterkräutern. Im Allgemeinen haben die in hohem Grade sorgfältige und rationelle Bodenbearbeitung, das System des Fruchtwechsels, der Viehreichthum, die Anlagen für den Wasserabfluß, als Gräben, Dämme, und endlich das Fehlen von Streuländereien die Erträge des Kolonistenlandes so weit gesteigert, daß ein Morgen solchen Landes gegenwärtig auf 200 bis 400 Rubel geschätzt wird.

Ungeachtet dessen nun, daß hier nirgends Mangel herrscht, verläßt jährlich ein großer Theil der deutschen Kolonisten-Bevölkerung im Gouvernement Warschau seine vollständig eingerichteten Wirthschaften und siedelt nach dem südwestlichen Rußland über, um größere Ländereien zu erwerben. Es strömen dorthin sowohl Meiereibesitzer, als ländliche Arbeiter deutscher Herkunft. Die in der „Warschauer Gouvernements Zeitung" veröffentlichten Daten geben die Zahl der in den letzten fünf Jahren aus dem Warschauschen Gouvernement ins Reich Uebergesiedelten auf 1178 Männer und 1091 Weiber an; von diesen waren deutsche Kolonisten 1085 Männer und 1078 Weiber; Familien mit Grundbesitz 304, ohne solchen 216.

Mit Ausnahme des Jahres 1880 ist in jedem der letzten fünf Jahre die Auswanderung gestiegen; sie richtet sich fast ausschließlich ins Gouvernement Wolhynien, namentlich in die Kreise von Shitomir und Nowogradwolinsk. Das größte Kontingent von Auswanderern stellen die Kreise Gostynsk und Sochatschewsk des Warschauschen Gouvernements, in welchem sich am meisten reiche deutsche Kolonieen befinden.

Eine Untersuchung der Gründe dieser Auswanderung nach den am Orte derselben eingezogenen Erkundigungen, ergab als einziges Motiv der Strömung nach Wolhynien den Wunsch der Kolonisten, mehr Land zu erwerben, — ein Wunsch, der durch den billigen Preis des Landes in Wolhynien und die außerordentlich hohen Preise der deutschen Meiereien in dem Warschauschen Gouvernement geweckt und rege erhalten wird. Es waltet hier ein einfacher Kalkül: die eigene Kolonie für den theueren Preis von einigen Hundert Rubeln pro Morgen*) zu verkaufen und für den Erlös im Gouvernement Wolhynien Land zu 50 bis 75 Rbl. pro Dessjatine zu kaufen.

Gegenwärtig ist die Uebersiedelung der Kolonisten nach Wolhynien regelrecht organisirt. Die Pastoren und die Lehrer der deutschen Schulen in Wolhynien verfolgen aufmerksam den Landverkauf und geben den im Weichselgebiet wohnenden Kolonisten, sowie ihren Landsleuten jenseits der Grenze sofort Nachricht, wenn Ländereien zum Verkauf gelangen, welche zur Kolonisation geeignet erscheinen. Außerdem stehen die Kolonisten in ununterbrochener Korrespondenz mit ihren in Wolhynien schon eingebürgerten Dorfgenossen. Die Briefe der letzteren sind voll von lebhaften Schilderungen der Billigkeit und Fruchtbarkeit des Bodens in Wolhynien, des Waldreichthums und der Leichtigkeit, Land zu erwerben.

... Die deutschen Kolonisten ziehen es vor, ihre Höfe wiederum deutschen Kolonisten zu verkaufen, wenn auch für einen Preis, der um 200 oder 300 Rubel niedriger ist, als die von polnischen Bauern gebotene Summe. Es bleiben daher die Ansiedelungen rein deutsche und bewahren sich die sie auszeichnende Eigenart. Die Kolonisten führen ein eigenes, abgeschlossenes Leben; mit der örtlichen Bevölkerung treten sie nur in die allernothwendigsten Beziehungen. Sie haben ihre eigene gegenseitige Versicherung, welche auf Gesammtbürgschaft beruht und ein eigenes System gleichmäßiger Vertheilung von Naturalleistungen in den Ansiedelungen wie z. B. in Bezug auf die Kanalisation. Abgesehen von diesem Zusammenhalten, dieser Solidarität der deutschen Kolonisten unter einander, liegt ein weiterer Grund dafür, daß polnische Bauern die Kolonistenhöfe nicht erwerben, in der besonderen Bewirthschaftungsart derselben, die durchaus mit dem Charakter, der Lebensgewohnheit des polnischen Bauern nicht übereinstimmt und seinen Kenntnissen, seiner Art und Weise zu wirthschaften, nicht entspricht.

Um ihre bewegliche Habe zu verkaufen, veranstalten die Kolonisten rechtzeitig private Auktionen. Wenn sie sich, gewöhnlich im Winter, zur Auswanderung entschlossen haben, zeigen sie dem lokalen Bauernältesten an, daß um die und die Zeit ihr bewegliches Eigenthum verkauft werden wird und bitten, dies den Bewohnern der Ansiedelung bekannt zu machen. Damit die Auktionen von größerem Erfolge seien, geben die Auswanderer alle diejenigen Sachen, deren Werth einen Rubel übersteigt, dem Meistbietenden bei der Auktion auf Kredit, die Zahlung wird dabei auf drei bis vier Monate nachher d. h. auf die Zeit des Umzuges festgesetzt. Demselben Zwecke dienen auch Bewirthungen mit Branntwein, die auf solchen Auktionen zur Sitte geworden sind; jeder Käufer irgend einer Sache zahlt gleich ¼ Kopeken für je 15 Kopeken, welche er für das Einpacken zu zahlen hat, für Branntwein, der sofort beschafft und zu Ende der Auktion von allen Käufern gemeinsam ausgetrunken wird. Wer nichts gekauft hat, muß unbewirthet abziehen. Alle bewegliche Habe des Auswanderers wird auf der Auktion verkauft, mit Ausnahme eines Frachtwagens, zweier Pferde und einiger Gegenstände primitivster Bedürfnisse.

Zu Beginn des Frühlings, im März und Anfang April, begeben sich die Auswanderer auf die Reise nach dem neuen Wohnsitze. Sie reisen mit ihren Familien stets per Achse bis zum Orte der neuen Ansiedelung — in ganzen Trupps, die sich aus den Auswanderern benachbarter Kolonieen zusammensetzen. Im ersten Jahre leben sie in Wolhynien noch auf ihren Paß, dann aber erhalten sie ihre Entlassungsscheine. Haben sie sich in Wolhynien eingerichtet, so berufen sie ihre ausländischen Lehrer und Handwerksmeister, so wie Arbeiter dorthin. Es strömen deshalb auch landlose Kolonisten in gleicher Weise nach Wolhynien, wie die Hofesbesitzer. Erstere arbeiten entweder bei den Grundbesitzern oder erwerben für das vom Verdienste Ersparte kleine Höfe.

Kurz, das deutsche Element strömt sehr merklich vom Gouvernement Warschau nach Wolhynien. Es ziehen dahin sowohl reiche, als nicht besonders wohlhabende Leute, die mit vereinten Mitteln sich kleine Güter kaufen. Diese Strömung wäre noch stärker, wenn in Wolhynien dieselben Mittel zur Sicherung des Kredites existirten, deren sich das Gouvernement Warschau erfreut. Der Mangel eines Hypotheken-Kredites und die verhältnißmäße Theuerung der Arbeitskräfte halten noch viele wohlhabende Kolonisten von der Uebersiedelung zurück.

*) 1 Morgen = 0,51247 Dessjatinen oder 1230 Quadratfaden.

dem Superintendenten **Kaiser** die Aufsicht über die evangelische Schule zu Kröben übertragen worden.

r. **Der Schulvorsteherin Fräulein Zuckertort** in Posen ist die Erlaubniß ertheilt worden, die Pupkesche höhere Mädchenschule fortzuführen.

* **Benefiz.** Das ursprünglich für Donnerstag dieser Woche angesetzte Benefiz für Frl. Schwarzenberg mußte der übergroßen Schwierigkeiten wegen, welche die Rolle der „Fédora" der Darstellerin bietet und der relativen Kürze der für das Studium der Rolle gebotenen Zeit um einige Tage verschoben werden. Anstatt dessen findet am Donnerstag das Benefiz des als Regisseur wie als Darsteller gleich verdienten Herrn Zink statt, worauf das Publikum hiermit angelegentlichst aufmerksam gemacht sei. Zur Aufführung gelangt das interessante Intriguen-Lustspiel „Drei Staatsverbrecher" von J. B. v. Schweitzer, welches überall mit großem Erfolg aufgeführt worden ist und sich im Repertoir der deutschen Bühne einen dauernden Platz gesichert hat. Die Handlung spielt im Jahre 1774 kurz nach dem Regierungsantritt Ludwig XVI. und geißelt in heiter satyrischer Weise das seiner Auflösung zuschreitende Zopf-Regime jener Zeit. — Herr Zink hat allem Anscheine nach eine recht glückliche Wahl getroffen, zumal da das Stück unserem Publikum ziemlich fremd sein dürfte. Es bedarf wohl nur des Hinweises auf die mannigfachen wirklichen Verdienste des Benefizianten um das erfolgreiche Gelingen der diesjährigen Theatersachen, um das Publikum zu einer recht regen Bethätigung seiner Antheilnahme anzuregen. Es ist übrigens, wie wir hören, Hoffnung vorhanden, daß uns die schätzenswerthe Wirksamkeit des Herrn Zink auch für die künftige Wintersaison erhalten bleibt.

r. **Der Posener Schachklub** arrangirt zum Schlusse der Saison Dienstag, den 17. d. M. Abends, im Saale des Restaurants von Tilsner & Schlichting einen geselligen Abend, der viel Abwechslung bieten wird. Unter Anderem wird einer der tüchtigsten Schachspieler gleichzeitig drei Blindlingspartieen spielen. Die Löser von Schachräthseln und Schachrebusen, sowie die Sieger einer zu spielenden Berathungspartie werden prämiirt. Gleichzeitig werden auch die Tournier-Preise zur Vertheilung gelangen. Für das Amüsement wird auch noch durch ein Festlied und diverse Scherze bestens gesorgt; das Einführen von Gästen ist gestattet.

m **Der Militär Verein** feierte am Sonnabend den 14. d. Mts. in dem festlich geschmückten Lambert'schen Konzert-Saal sein 44. Stiftungsfest, welches durch ein vom Trompeter Korps des Husaren-Regiments Nr. 2 ausgeführtes Konzert eingeleitet wurde. Hieran schloß sich zur Eröffnung der eigentlichen Feier die, in Abwesenheit des Vorsitzenden durch dessen Stellvertreter, gehaltene Festrede, welche mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. — Die beiden lebenden Bilder: „Gute Kameradschaft im Felde", und „Glaube, Hoffnung, Liebe", sowie ein Duett für Sopran und Alt und ein komisches Gesangs-Terzett: „Der Amtmann und die beiden Bauern", ferner das aufgeführte einaktige Lustspiel von A. v. Kotzebue „Der gerade Weg ist der Beste", erweckten den vollsten Beifall der Festestheilnehmer. — Sämmtliche Arrangements und Aufführungen können als durchaus gelungen bezeichnet werden. Nach den Festvorstellungen fand ein Tanzkränzchen statt, welches die Festtheilnehmer in der heitersten Stimmung bis zum frühen Morgen zusammen hielt. Um Mitternacht fand ein gemeinschaftliches Abendessen statt, wobei mehrere Toaste ausgebracht, auch ein von einem Vereins-Kameraden gedichtetes Tafellied abgesungen wurden.

— **Prämiirung.** Gestern überreichten im Namen des Vorstandes des Vereins zur Prämiirung treuer weiblicher Dienstboten die Herren Oberlehrer Dr. Jonas, Kreis-Steuereinnehmer Gensichen und Kaufmann Max Kantorowicz dem Dienstmädchen Teofila Müller, welches seiner Dienstherrschaft der dem Verein angehörenden Frau Hauptmann Rosenfeld, 25 Jahre ununterbrochen treu gedient hat, unter Anerkennung dieser treu geleisteten Dienste eine Beglückwünschung, welcher Oberlehrer Dr. Jonas als Vorsitzender des Vereines ausdrücklich ein (polnisches) Gebetbuch in geschmackvoller und würdiger Ausstattung, mit einer Widmung von Seiten des Vereins versehen.

△ **Sonntagsruhe der Eisenbahnbeamten.** Nach einem Reskript des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 10. März soll durch geeignete Diensteintheilung Fürsorge dafür getroffen werden, daß den beim Eisenbahnbetriebe beschäftigten Beamten die erforderliche dienstfreie Zeit zur Theilnahme an dem sonn- und festtäglichen Gottesdienst an jedem zweiten, mindestens aber an jedem dritten Sonntage gewährt wird und zwar ohne daß es der Nachsuchung eines besonderen Urlaubs zum Zwecke des Kirchenbesuchs bedarf und auch ohne daß eine Beeinträchtigung der für die Erholung bestimmten Ruhezeiten eintritt. Von der Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn werden in Folge dessen durch die ihr unterstellten Betriebsämter und Bauinspektionen Erhebungen darüber angestellt, ob es zur Erreichung des angegebenen Zieles einer Vermehrung der vorhandenen Beamtenstellen oder der Hilfskräfte bedarf, sowie darüber, ob und inwieweit sich noch eine größere Beschränkung der Güterzüge, als zur Zeit schon erfolgt, an Sonn- und Festtages (mindestens in den Vormittags- und den ersten Nachmittagsstunden) auf einzelnen Strecken erzielen läßt, ohne die Interessen des öffentlichen Verkehrs zu beeinträchtigen. Es sollen hierbei insbesondere die lokalen Verhältnisse der einzelnen Strecken und größeren Stationen und die bestimmungsmäßige Verwendung der einzelnen Güterzüge von dem Gesichtspunkte aus einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden, daß einerseits dem Fahrpersonal die Sonntagsruhe nach Möglichkeit gewährt werde, andererseits aber die Kontinuität des gewerblichen Betriebes und des großen — insbesondere des internationalen — Verkehrs volle Beachtung finde.

r. **In Folge von Kohlendunst** ist gestern das Dienstmädchen eines Kaufmanns am Alten Markte gestorben, welches unvorsichtiger Weise am 13. d. M. Abends, als es sich in einem an die Küche angrenzenden Raume schlafen legte, den Schieber des Küchenheerdes zugemacht hatte, so daß der Kohlendunst durch die offen stehende Thür in den Schlafraum trat. Am nächsten Morgen wurde das Mädchen bewußtlos gefunden, und hat in diesem Zustande noch bis zum 15. d. Mts. gelebt.

⊕ **Miloslaw,** 15. April. [Unterschlagung.] Der beim hiesigen Postamte angestellt gewesene Postgehilfe B. hatte sich von dem Postamtsvorsteher drei Tage Urlaub erbeten, angeblich um seinen todtkranken Vater in M. zu besuchen. B. ist hierher nicht zurückgekehrt, sondern flüchtig geworden. Er soll Kassengelder, jedoch von nicht erheblichem Betrage unterschlagen haben.

△ **Lissa,** 15. April. [Einführung. Steuererlaß.] Am 11. d. Mts fand in der hiesigen evangelischen Stadtschule vor versammelten Schülern und in Anwesenheit einiger Magistratsmitglieder durch den Lokalschulinspektor Rektor Platsch die Vereidigung des Lehrers Bobke, welcher vertretungsweise an Stelle des beurlaubten Lehrers Pollak hier amtiren soll zugleich mit der Einführung der Lehrer Seeler und Jerke statt. — Durch die Aufhebung der zwei untersten Klassensteuerstufen infolge Gesetzes vom 26. März wurden in hiesiger Stadt 977 Personen und zwar 689 der letzten und 288 der vorletzten Stufe steuerfrei, wodurch eine Mindereinnahme in der letzten Stufe von 2067, in der vorletzten von 1728, zusammen von 3795 Mark herbeigeführt wird.

□ **Fraustadt,** 15. April. [Vorschußverein.] In der heutigen Generalversammlung des Vorschußvereins theilte der Rendant W. Goldmann den Verwaltungsbericht für das 3. Quartal des 17 Geschäftsjahres (vom 1. Januar bis ult. März cr.) mit. Nach diesem Bericht zählt der Verein gegenwärtig 765 Mitglieder, deren Guthaben sich auf 110,985,66 M. beläuft. Der Reservefonds hat die Höhe von 17,833,18 M. erreicht. Die Schulden des Vereins betragen 485,490,20 Mark, die ausstehenden Vorschüsse 310,309,70 M. Das Effektenkonto weist einen Bestand von 312,649,15 M. nach. An Zinsen wurde ein Ueberschuß von 22,868,51 M. erzielt. Die mit dem Vorschußverein verbundenen Sparkasse hat einen Bestand von 485,490,20 M. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl eines Aufsichtsrathsmitgliedes an Stelle des verstorbenen Mühlenbesitzers T. Scheunert wurde Bäckermeister H. Heinrich gewählt.

♒ **Schneidemühl,** 15. April. [Eisenbahnunglück. Verhaftung. Wahl. Gehaltsskala der Taubstummenlehrer.] Heute zwischen 1 und 2 Uhr Nachts fand auf dem hiesigen Eisenbahnhof ein Zusammenstoß zweier Güterzüge statt und zwar der Züge 317 und 345. Letzterer stand fertig auf dem Ausfahrtsgeleise, während der erstere auf dem Nebengeleise einlaufen sollte. Der betreffende Weichensteller hatte die Weiche dieses Schienenstranges bereits richtig gestellt, doch wurde dieselbe, als sich der Zug näherte, von dem die Weiche beobachtenden Arbeiter Kubischke in der Meinung, sie liege nicht richtig, herumgeworfen und der Zusammenstoß erfolgte. Zum Glück sind nur die beiden Maschinen und ein Wagen beschädigt worden, das Dienstpersonal ist unversehrt geblieben. — Gestern fand auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Dresden auf dem Gute Gönne die Verhaftung eines früheren Besitzers, welcher sich seit einiger Zeit daselbst aufgehalten, statt. Derselbe soll sich des Betruges schuldig gemacht haben. — An Stelle des verstorbenen Schmiedemeisters Bartikowsky ist zum Repräsentanten der hiesigen evangelischen Gemeinde der Landgerichtsrath Thiele gewählt worden. — Mit Beginn des neuen Etatsjahres ist für die Lehrer der hiesigen Provinzial-Taubstummen-Anstalt eine Gehaltsskala in Kraft getreten, nach welcher das Minimalgehalt 1700 M. und 240 M. Wohnungsgeldzuschuß und das Maximalgehalt 2700 M. und Wohnungsgeldzuschuß beträgt. Von 5 zu 5 Jahren tritt bis zur Erreichung des Maximalgehaltes jedesmal eine Gehaltssteigerung von 100 M. ein.

Aus dem Gerichtssaal.

✝ **Posen,** 16. April. [Schwurgericht.] Bei der am 19. d. Mts. unter dem Vorsitze des Landgerichts-Direktors Müller beginnenden Schwurgerichtssitzung kommen folgende Sachen zur Verhandlung: Donnerstag den 19. April gegen den Schneider Kasimir Cichocki aus Samter wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge (Vertheidiger Referendar v. Wichert). Dienstag den 20. April gegen die Tagearbeiterfrau Josepha Walkowiak aus Dalne wegen desselben Verbrechens (Vertheidiger Rechtsanwalt Schönlank) und gegen die Arbeiter Stanislaus Dukert aus Winiary und Wojciech Staniszewski aus Jerzyce wegen Urkundenfälschung (Vertheidiger Referendare Thomas und Jaffé). Sonnabend den 21. April gegen den Müllergesellen Karl Weidner aus Zakrzewo Hauland wegen Meineides (Vertheidiger Justizrath Szuman). Montag den 23. April gegen die unverehelichte Apollonia Wendrowicz aus Brodowo und den Wirth Stephan Rozmiarek daselbst wegen Kindesmordes und Blutschande (Vertheidiger Rechtsanwälte Naschinski und Schottländer). Dienstag den 24. April gegen den Häusler Bronislaus Knolinski und Wirthssohn Andreas Stolpe aus Wosciejewki Hauland wegen Raubes (Vertheidiger Justizrath Klemme und Referendar Landsberg). Mittwoch den 25. April gegen den Arbeitersohn Marcell Dudka aus Gostyn wegen Meineides und die Fleischergesellen Anton Cieslewicz und Joseph Januszkiewicz aus Moschin wegen Verleitung dazu (Vertheidiger Referendar v. Wichert, Justizrath Mützel und Referendar Jaffé). Donnerstag den 26. und Freitag den 27. April gegen den Maurergesellen Albert Poppe, die Maurerwittwe Ernestine Poppe und die unverehelichte Louise Poppe aus Schwersenz wegen Mordes bezw. qualifizirter Körperverletzung (Vertheidiger Rechtsanwälte Salomon und Lischke und Referendar Thomas). Sonnabend den 28. April gegen den Arbeiter Franz Lesinski aus Puszczykowko wegen Brandstiftung (Vertheidiger Referendar Landsberg) und gegen den Knecht Stanislaus Kaczmarek aus Tlukawy wegen Nothzucht und widernatürlicher Unzucht (Vertheidiger Rechtswalt Fahle). Montag den 30. April gegen den Bürgermeister Hugo Hache aus Mur. Goslin wegen Urkundenfälschung, Meineid und Verleitung dazu (Vertheidiger Rechtsanwalt v. Głębocki). Dienstag den 1. Mai gegen den Gastwirth August Will aus Kocanowo wegen Brandstiftung (Vertheidiger Rechtsanwalt Lewinski. Mittwoch, den 2. Mai gegen den Häusler Thomas Norek aus Brody (Vertheidiger Rechtsanwalt Lehr) und gegen den Wirthssohn Jacob Heigelmann aus Czapury wegen Brandstiftung (Vertheidiger Referendar Thomas. — Als Geschworene werden fungiren die Herren: Rittergutspächter Emil Brix aus Niemieczkowo, Konsistorial-Präsident Conrad von der Gröben von hier. Domainenpächter Otto Döllen aus Forbach, Regierungsbaumeister Fritz Buddenberg und Kaufmann Karl Ribbeck von hier, Gutspächter Mathias v. Stablewski aus Chytrowo, Kaufmann Otto Niekisch von hier, Gutsbesitzer Theodor Kloß aus Sarbinowo, Gutspächter Franz Arendt aus Annaberg, Bauunternehmer Balthasar Förster von hier, Rittergutsbesitzer Graf Sigismund Grudzinski aus Drzązgowo Vorwerksbesitzer Rudolph Döllen aus Glowienka, Rittergutsbesitzer Ernst Pictoch-Schröner aus Daleschin, Regierungsrath Emil Perkuhn von hier, Gutsbesitzer Amandus Jahns aus Karlsruhe, Rittergutsbesitzer Franz v. Günther aus Grzybno, Gutsbesitzer Nicefor Bogacki aus Biskupice königlich, Rittergutsbesitzer Johann Hugo v. Löper aus Szczepankowo, Maurermeister Julius Klau von hier, Kaufmann Karl Böhm aus Pinne, Rittergutsbesitzer Wladislaus v. Bardzki aus Klony, Ober-Landesgerichts-Sekretär Hugo Storz von hier, Reichsgraf Heinrich v. Pückler aus Welna, Eisenbahndirektor Ottomar Köhne, Zollinspektor Freiherr Karl v. Hardenberg und Kaufmann Theodor Hartwig von hier, Gutsbesitzer Oskar Dietrich aus Paczkowo, Kaufmann Hermann Wolffsohn aus Neustadt b. P., Kaufmann Emil Brumme und General-Landschaftsdirektor Ludwig Staudy von hier.

* **Freiburg,** 11. April. Das Zeugenverhör in dem Prozeß wegen des Hugstetter Eisenbahnunglücks ging heute zu Ende. Am Dienstag wurden noch Vernehmungen bezüglich der mangelhaften Bedienung der Bremsen angestellt. Der Schaffner Wild, der auch als Bremser fungiren sollte und die Stärke des Gefälles nicht kannte, hat weder auf der Hin- noch Rückfahrt einen Befehl erhalten, wie er die Bremsen zu bedienen habe. Ebenso äußert sich der Schaffner Dengler, der auch nur vom Angeklagten Ambros angewiesen wurde, die Billete zu revidiren und sodann auf die Bremsen zu gehen. Nach Beendigung des Zeugenverhörs folgte die Verlesung des Gutachtens der Sachverständigen, welches zu folgendem Schlusse gelangt. „Das Unglück zu Hugstetten ist nicht entstanden durch eine verbrecherische Handlung, auch nicht durch höhere Gewalt d. h. nicht in Folge von unvorhergesehenen und in ihren Wirkungen nicht zu ermessenden Naturerscheinungen. Auch ist das Unglück nicht entstanden durch eine mangelhafte bauliche Anlage des Bahnkörpers, noch durch eine mangelhafte Unterhaltung der Bahn: endlich auch nicht durch den Bruch einer Axe oder eines Radreifens weder an der Lokomotive noch an einem der Wagen. Wir sind daher mit Nothwendigkeit dazu gedrängt, die Ursache in der Art und Weise der Zugführung zu suchen. Diese Ausführungen hatte sich der Staatsanwalt wesentlich zu eigen gemacht und die Anklage wegen fahrlässiger Tödtung und Körperverletzung erhoben. Ueber den letzten Verhandlungstag des Prozesses, dessen Ausgang bereits telegraphisch gemeldet wurde, wird dem „Fr. J." berichtet: „Die Ausführungen der Vertheidiger haben einen mächtigen Eindruck gemacht. Anwalt Feder hat ausdrücklich die Generaldirektion und die bestehende Praxis mit verantwortlich gemacht für das Ereigniß. Erwiesen sei, daß die Bremsordnung überhaupt nicht strenge ausgeführt wird; viele hätten mitgesündigt, möge daher der Gerichtshof nicht den einen oder den anderen Beamten herausnehmen und bestrafen; es wäre weder recht noch billig. Anwalt Muser bestreitet die Verantwortlichkeit des Assistenten Feser. Ein irrthümlicher Erlaß der General-Direktion und der unbestimmte Inhalt desselben erzeugten einen Irrthum bei dem Vorstand und den Assistenten. Dr. Kobler hebt die Differenz zwischen den Zeugenaussagen und dem Urtheile der Sachverständigen hervor. Der mangelhafte Bahnbau sei schon früher und oft bemerkt worden. Er schließt seine Rede mit der Hoffnung, der Gerichtshof werde nicht die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen."

Das „Frankfurter Journ." schließt einen Artikel über das freisprechende Erkenntniß mit folgenden Worten: „Wer aber und was, so wird man nun fragen, hat die Katastrophe herbeigeführt? Die Prozeßverhandlungen geben darüber, wenn auch vielleicht die allernächste Ursache stets verborgen bleiben wird, ein Licht, von dem man nur wünschen kann, daß es seine Strahlen bis zu denjenigen Stellen hinwirft, an denen man genöthigt ist, sich an die Brust zu schlagen, sowie bis dahin, wo die Macht und der Willen liegt, ähnlichen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen. Die ersteren Stellen hat der Präsident in Uebereinstimmung mit vielen Zeugenaussagen genau genug bezeichnet und die Vertheidiger haben ebenfalls keinen Zweifel darüber gelassen, wo sie zu suchen sind. Da trat ein Bild von chaotischen Unordnungen, von Irrthümern und Mißverständnissen zu Tage, da wurde eine Schilderung von der — Nonchalance im Eisenbahnbetriebe, eine Gleichgiltigkeit gegen die Sicherheit des Publikums konstatirt, wie man kaum erwartet hätte. Das aber ist gerade der enorme Gewinn, den der Prozeß gebracht hat — die Angeklagten wurden als nicht schuldig freigesprochen, aber — die nicht angeklagten Schuldigen wurden vernichtend verurtheilt. — Traurig ist es allerdings, daß erst ein namenloses Unglück eintreten mußte, um heillose Mißstände vor die Oeffentlichkeit zu ziehen und namentlich den furchtsamen Unterbeamten die Zunge zu lösen. Aber, wie gesagt, der Gewinn der Freiburger Verhandlung ist ein bedeutender und seine richtige Auslegung wird hoffentlich nicht ausbleiben. Das verlangt die Gerechtigkeit, das verlangt das Sittlichkeitsgefühl und das tief erschütterte Vertrauen des Volkes."

Staats- und Volkswirthschaft.

HM. **Posen,** 16. April. [Wollbericht.] Die großen Bestände, welche nach Beendigung des vorjährigen Marktes hier lagerten, haben sich bis auf ca. 5000 Zentner geräumt, hauptsächlich in letzter Zeit. Der Bedarf der Fabrikanten war zuletzt recht lebhaft und es scheint, daß auch der Rest der hiesigen Bestände bis zum neuen Wollmarkte wird geräumt werden, da Verkäufer sehr entgegenkommend und zum Verkaufe geneigt sind. Auch das diesjährige Geschäft hat den Händlern Verluste gebracht, da die jetzt erzielten Preise unter Berücksichtigung von Zinsen und Spesen gegen die Wollmarktspreise Verlust ergeben. Es zeigt sich daher bis jetzt wenig Neigung zu Abschlüssen auf die neue Schur. Es dürfte den Produzenten sorgfältigste Behandlung in Wäsche und Verpackung zu empfehlen sein, damit bei der sehr gedrückten Stimmung die Kauflust zur Zeit am Markte angeregt wird.

Leipzig, 14. April. [Produkten-Bericht von Hermann Jastrow.] Wetter: trübe und mild. Wind: O. Barometer früh 27,7'''. Thermometer, früh + 5°.

Weizen per 1000 Kilogramm Netto fremde Waare knapp und höher, loko hiesiger 135 bis 180 Mark bezahlt, do. ausländ. 195 bis 220 M. bez. — Roggen fest, per 1000 Kilogramm Netto loko hiesiger 130 bis 148 Mark bezahlt. — Gerste per 1000 Kilo Netto loko Brauw. 160—175 M. bezahlt und Brief, do. gering. 110—135 Mark bez Br. — Malz per 50 Kilo Netto loko 13 bis 14 M. bez. u. Br., do. Saal- 14,80—15,30 M. bezahlt. Schkeuditz —. — Hafer pro 1000 Kilo Netto loko 120—132 M. bezahlt. — Mais pr. 1000 Ko. Netto loko amerikanischer —, do. ungarischer —,— M. bez., do. rumänischer 153 M. bez., pro April — M. bez., — Wicken pr. 1000 Kilo Netto loko 130—165 M. bez. u. Br. — Erbsen pr. 1000 Kilo Netto loko große gut 210—230 M. bez. u. Br, do. kleine gut 150—170 M. bz.u.B., do. Futter- 140—150 M. — Bohnen pr. 100 Ko. Netto loko 20—26 M. bez. u. Br. — Lupinen pr. 1000 Kilo Netto loko gelb 110—115 Mark Br. — Oelsaat pr. 1000 Kilo Netto Raps 330 M. nom. — Leinsaat mittel 180—225 M. bez. u. Br., do. fein — M. bez. u. Br — Rübsen — M. — Oelkuchen pr. 100 Kilo loko hiesige 14 Mark Brief. — Rüböl rohes per 100 Kilogramm Netto ohne Faß rapid weichend, loko 70,00 M. bezahlt, per April-Mai — — M. Br. — Leinöl per 100 Kilo Netto ohne Faß —. Mohnöl per 100 Kilogr. Netto ohne Faß loko hiesiges 108 bis 110 Mark Brief, do. ausländisches 72 bis 75 M. Brief. — Kleesaat per 50 Kil. Netto still, loko weiß nach Qual. 60—80 M. bez. u. Br., do. roth 70—90 M. bez., do. schwed. 60—100 M. bez. u Br. — Spiritus per 10,000 Liter % ohne Faß höher, loko 54,00 Mark Geld. — Weizenmehl pr. 100 Kilogramm exkl. Sack Nr. 00 29,00—30,00 M., Nr. 0 26,50—27,50 M., Nr. 1 25 M., Nr. 2 16 M. — Weizenschaale per 100 Ko. exkl. Sack 8,00 bis 9,00 Mark. — Roggenmehl per 100 Kilo exkl. Sack Nr. 0 und Nr. 1 20,00—22,00 M. im Verband, Nr. 2 12,00—13,00 M. — Roggenkleie per 100 Kilo exkl Sack 9,00—9,75 M. — Preise verstehen sich erste Kosten exklusive Courtage, Spesen 2c.

** **North British and Mercantile.** Feuerversicherungs-Gesellschaft. Wie uns mitgetheilt wird, erzielte die Gesellschaft im verflossenen Jahre auch in ihrem deutschen Geschäfte sehr günstige Resultate und ist aus dieser Veranlassung den Beamten der Subdirektion Berlin ein Monatsgehalt als Extragratifikation gezahlt worden. Der Rechnungsabschluß wird in aller Kürze veröffentlicht werden.

Vermischtes.

* **Die „Getreuen in Jever",** welche in diesem Jahre in Folge der ungünstigen Witterung nicht im Stande waren dem Fürsten Bismarck schon zu seinem Geburtstage die hergebrachten 101 Kiebitzeier zu übersenden, haben dies dem „Berl. Tagebl." zufolge am letzten Donnerstag nachgeholt. Die der üblichen Liebesgabe beigefügten Verse lauten diesmal wie folgt:

„Dem Fürsten Bismarck.
Fast as de Diek üm Jeverland
Schlungst Du üm't Dütsche Land dat Band.
As üm dat Jeverland den Diek —
Schütz Gott den Diekhauptmann van't Riek!
Die Getreuen in Jever."

* **Der Fall Sobbe** hat ein sehr betrübendes Nachspiel in Potsdam gehabt. Der Mörder Sobbe hat bekanntlich auf dem dortigen Bahnhof gespeist und wurde von den Kellnern Fiskal und Freidank bedient. In Folge dessen sind beide Kellner nach Berlin als Zeugen vorgeladen worden. Sobbe wurde geschlossen vorgeführt und mußte hierbei den Rock und die Mütze, welche er damals getragen, wieder anlegen, auch wurde der blutige Hammer vorgelegt. Hierher zurückgekehrt, klagte Fiskal über Frost und erzählte mit Entsetzen von dem schaurigen Anblick des geschlossenen Sobbe und dem blutigen Hammer, legte sich hin und starb nach drei Tagen. Am 9. d. wurde er beerdigt. Die Wittwe ist in Folge dessen ebenfalls krank und soll Zeichen von Schwermuth an den Tag legen.

d. **Den Professoren Dr. Wroblewski und Dr. Olszewski** zu Krakau ist es, wie polnische Zeitungen mittheilen, am 4. d. M. gelungen, Sauerstoffgas durch Verdichtung in den tropfbar flüssigen Zustand überzuführen, während bisher der Physiker Cailletet zu Paris die Verdichtung nur so weit hatte treiben können, daß in dem Augenblicke, wo der außerordentlich starke Druck, unter dem sich das Sauerstoffgas befand, aufhörte, ein deutlicher Nebel entstand. Die beiden genannten Professoren haben nun diesen Nebel dadurch, daß sie ihn auf eine außerordentlich niedrige Temperatur abkühlten, in den flüssigen Zustand übergeführt. Die Physiker Dumas und Debray, Mitglieder der Pariser Akademie der Wissenschaften, haben die beiden genannten Professoren wegen dieses vorzüglich gelungenen Experimentes beglückwünscht.

Stettiner Waarenbericht.

Stettin, 14. April. Im Waarenhandel war das Geschäft in der verflossenen Woche in Folge anregender Berichte von auswärts, in Reis und Kaffee sehr belebt und fanden auch bemerkenswerthe Umsätze in Petroleum und Hering statt, der Versand ist befriedigend gewesen.

Fettwaaren. Baumöl preishaltend, es traf eine Ladung von Malaga ein, vom Transito-Lager hatten wir einen Abzug von 418 Ztr., Italienisches Oel 38 M., Malaga 38 M. und Corfu 37 Mark tr. gef., Speiseöl 60—68 Mk. tr. nach Qualität gef., Baumwollensamenöl 32,50—33 M. versteuert bez., Palmöl fest, Zufuhr 1780 Ztr., Lagos- 43,50 M., old Calabar 42 M. verst. gef., Palmkernöl 36 M. verst. gef., Kokosnußöl behauptet, Cochin in Oxhoften 42,50 M., Ceylon in Oxhoften 39 M., in Pipen 38 Mark versteuert gef., Talg fest, russischer gelb Lichten- 53,50 M., Seifen- 54 M. verst. gefordert, Olein knapp, Belgischer 33,50 M. verst. gef., inländischer 34—35 Mark gef., Schweineschmalz erfuhr in Amerika eine Besserung des Preises und hat sich auch hier mehr befestigt, Wilcox 57 M. trans. bez. und gef., Fairbank und andere Marken 56,50 M. tr. gef., amerikanischer Speck unverändert, 68 M. verzollt gef. Thran behauptet, Berger Leber- brauner 75 M. per Tonne und 37 M. per Ztr. gef., blanker 95 M., Medizinal- 120 M. per Tonne verst. gefordert, Kopenhagener Robben 45 M. verst. per Zentner gef., Schottischer 33—34 Mark per Tonne gef.

Zucker. In Rohzuckern haben wir Umsätze nicht zu melden, raffinirte Zuckern bleiben ruhig bei behaupteten Preisen.

Leinöl ruhig, Englisches in Barrels 26 M., in andern Fässern 25,50 M. per Kassa ohne Abzug gefordert.

Leinsamen. In russischem Säe-Leinsamen hatten wir wieder einen guten Abzug und wurden mit den Eisenbahnen in der verflossenen Woche 1072 Tonnen versandt, die hiesigen Vorräthe sind inzwischen sehr klein geworden. Die im letzten Bericht gemeldete Zufuhr von Rigaer Samen betrug 314 Tonnen. Die Preise sind fest. Pernauer wurde mit 27—27,50 M. bezahlt. Rigaer extra puik 25 M. bez., 26 M. gefordert.

Petroleum hat sich in den letzten Tagen in Amerika mehr befestigt und die Offerten von dort sind erhöht worden, nach den neuesten Depeschen ist die Produktion im Forest-Distrikt stark im Abnehmen. Auch von den diesseitigen Hauptmärkten werden höhere Notirungen gemeldet und hat sich auch unser Markt, welcher Anfangs matt war, wieder befestigt, es zeigte sich bessere Kauflust und die Preise schließen höher. Loko 8,25—8,15—8,20 M. tr. bez.

Der Lagerbestand betrug am 5. April d. J.	19,506 Brls.
Angekommen sind von Amerika und Bremen	7099 „
	26,605 Brls.
Versand vom 5. bis 12. April d. J.	4224 „
Lager am 12. April d. J.	22,381 Brls.

gegen gleichzeitig in 1882: 27,432 Brls., in 1881: 1202 Brls., in 1880: 2221, in 1879: 9870 Brls., in 1878: 5242 Brls., in 1877: 1107 Brls. und in 1876: 1361 Brls.

Der Abzug vom 1. Januar bis 12. April d. J. betrug 31,642 Barrels gegen 53,843 Barrels in 1882 und 47,586 Barrels in 1881 gleichen Zeitraums.

In Erwartung sind 7 Ladungen von Amerika mit zusammen 20,274 Brls.

Die Lagerbestände loko und schwimmend waren in:

	1883 Barrels	1882 Barrels
Stettin am 12. April	42,655	32,922
Bremen „ 7. „	799,035	566,770
Hamburg „ 7. „	237,222	170,669
Antwerpen „ 7. „	228,523	289,123
Amsterdam „ 7. „	58,629	74,591
Rotterdam „ 7. „	56,712	64,944
Zusammen	1,422,776	1,199,019

Kaffee. Der Import betrug 3900 Zentner, vom Transitolager gingen 2754 Zentner ab. Am 11. April hat die Auktion der Maatschappy über 108,941 Ballen Java ꝛc. in Amsterdam stattgefunden. Der Ablauf ist insofern ein günstiger gewesen, weil die Taxen durchschnittlich erreicht wurden und letztere hoch aufgemacht waren. Die Stimmung an den europäischen Importplätzen, sowie in den Produktionsländern bleibt eine höchst günstige, auch Amerika kommt per Telegramm ½ c. höher. Für den Zwischenhandel wird augenblicklich ein regelmäßiges Geschäft eintreten, so weit die Vorräthe reichen, weil das Binnenland sich noch nicht vertrauensvoll in höhere Notirungen finden kann. An unserem Platze war das Geschäft sehr belebt und schloß der Markt sehr fest. Notirungen: Ceylon Plantagen 90—105 Pf., Java braun bis fein braun 108—123 Pf., gelb bis fein gelb 88—105 Pf., blaß gelb bis blank 83—68 Pf., fein grün bis grün 80—62 Pf., fein Campinos 53—55 Pf., Rio, fein 50—45 Pf., gut reell do. 43 bis 45 Pf., ordinär Rio und Santos 38—42 Pf. tr. nach Qualität.

Reis. Die Zufuhr betrug 14,382 Ztr. Die eingelaufenen Berichte über die letzte Ernte melden, daß dieselbe sehr schwach ausgefallen ist und veranlaßten diese Nachrichten eine animirte Stimmung an den auswärtigen Märkten und besonders in Bremen, wo die Preise seit 8 Tagen wieder um 1 M. gestiegen sind. Auch hier war die Kauflust sehr angeregt und wurden die Notirungen erhöht. Kadang und ff. Java Tafel- 29—30 M., ff. Japan und Patna 18,50—21 M., Rangoon Tafel- 15—17 M., Rangoon und Arracan, gut 13—14 M., ordinär 11,50—13 M., Bruchreis 9,50—11 M. tr. gef.

Südfrüchte. Rosinen ruhig, Eleme, Vourla 22,50 Mark, Cisme 23,50 M. tr. gef., Korinthen behauptet, 24—25 M. trans. nach Qualität gef. Mandeln preishaltend, süße Palma, Girgenti und Bari 96 Mark, süße Avola und Alicanti 106 M., bittere Mandeln 90 M. verst. gefordert. Frische Früchte unverändert, Apfelsinen 18,50 bis 19,50 M., Zitronen 19,50—20 M. per Kiste verst. gef.

Syrup hat sich nicht verändert, Kopenhagener 20,50 M. trans. gef., Englischer 18,50 bis 19,50 Mark transito geford., Candis- 11,25 bis 12,50 M. gef., Stärke-Syrup 15,75—16 M. gef.

Hering. Das Geschäft darin war bei gutem Abzuge recht belebt. Von Schotten hatten wir einen Import von 1791 To., hauptsächlich aus Fullbrand bestehend, und beträgt die Gesammtzufuhr seit Anfang dieses Jahres 7110 To. Die Frage nach Schotten bleibt rege und die Preise sind fest. Crown- und Fullbrand wurde mit 42,50 bis 43 M. tr. bez., 43—43,50 M. gef., Matties Crownbrand wurde mit 32—35 M. tr. nach Qual. bez. Die Läger davon sind stark gelichtet und Inhaber deshalb sehr zurückhaltend geworden. Die von Norwegen eingetroffene Zufuhr von Fetthering ging nach Riga weiter, unsere Läger von Fetthering sind nicht von Belang und wird davon fortwährend für den Konsum gekauft. Kaufmanns- 40—42 M., groß mittel 34—36 M., reell mittel 28—30 M., mittel 16—20 M. und klein mittel 15—17 M. tr. bez. u. gef. In schwedischem Hering haben sich Preise nicht verändert. Bornholmer Küstenhering 19—21 M. tr. nach Qual. gef. Mit den Eisenbahnen wurden von allen Gattungen vom 4. bis 11. April 766 To. versandt, mithin Total-Bahnabzug vom 1. Januar bis 11. April 41,911 To. gegen 60,262 To. in 1882, 68,202 To. in 1881, 41,698 To. in 1880, 53,394 To. in 1879, 61,018 To. in 1878, 36,951 To. in 1877, 74,417 To. in 1876, 60,881 To. in 1875 und 47,317 To. in 1874 in fast gleicher Zeit.

Sardellen. Nach 1882er trat lebhafte Frage auf, die Preise waren steigend und erfuhren eine Erhöhung von 2,50 M. per Anker, bezahlt wurde 76—77—78 M., 1881er 105 M. gef., 1876er 150 M. gefordert.

Metalle. Von Roh- und Brucheisen betrug der letztwöchentliche Import 22,447 Ztr. Die Roheisen-Märkte in Middlesbro und Glasgow haben in verflossener Woche keine Veränderung in den Preisen gezeigt. Hier war das Geschäft in Metallen sehr ruhig bei unveränderten Notirungen. Schott. Roheisen je nach Marke 7,60—9 M. ab Lager, englische Roheisen do. III. 6,20—6,60 M., Stabeisen inländische Marke fest, 15—16 M., Eisenbleche 22—30 M., Kupfer 155—160 M., Zinkbleche 39—40 M., Zinn 215 M. Alles per 100 Kilo.

(Ostsee-Zeitung.)

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Tagesordnung

zur

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen am Donnerstag, den 19. April 1883, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung:

1. Ankauf des Grundstücks Wronkerstraße Nr. 11 (St. Adalbert 114.)
2. Feststellung der Bedingungen für Submissionen und Vergebung von Leistungen und Lieferungen.
3. Antrag des Stadtverordneten Herrn Dr. Friedländer und Genossen, betreffend die Umwandlung der Mittelschule Zwecks Erlangung der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst.
4. Bewilligung der Mehrausgaben bei Titel IV Nr. 1 und IV Nr. 6 des Krankenhaus-Etats.
5. Antrag des Stadtverordneten Herrn Kirsten und Genossen auf Einführung einer Geflügelsteuer in der Stadt Posen.
6. Ankauf des Grundstücks Kramladen Nr. 5.
7. Betreffend die von den verschiedenen Truppentheilen der hiesigen Garnison nachträglich liquidirten Schlachtsteuer-Beträge pro 1875—1883.
8. Antrag des Stadtverordneten Herrn Dr. Friedländer und Gen. auf Auflösung der Vorschule des Realgymnasiums.
9. Bewilligung der Kosten zur Aufstellung eines Pissoirs an der Wallischeibrücke.
10. Betreffend die Einstellung des Betriebes auf der sogenannten Nebenlinie der Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft, Rückgabe der Kaution und event. Abänderung des Tarifs.
11. Bewilligung der Mehrkosten für die Anlage und Herstellung des neuen Ritterthors.
12. Beleihung des Grundstücks Zagorze Nr. 149 Seitens der städtischen Sparkasse.
13. Bewilligung der Kosten zur Annahme einer Vertreterin für die erkrankte Lehrerin Frl. Ziegler.
14. Entlastung der Rechnung der I. Stadtschule pro 1881/82.
15. „ „ „ „ II. „ „ 1881/82.
16. „ „ „ „ III. „ „ 1881/82.
17. „ „ „ „ IV. „ „ 1881/82.
18. „ „ „ über den Reservefond der Sparkasse pro 1881/82.
19. „ „ „ der Steuerkasse pro 1881/82.

Bekanntmachung.

Am 18. August 1871 hat in **Dresden**, Hotel Stadt Wien, eine als Frau Rentier **Regina Jaskiewicz** aus **Rußland** angemeldete Dame von 50 Jahren und eine 20jähr. Dame ein etwa 2 Jahr altes Kind einer Frau **Seidelmann** aus **Frankenstein** in Pflege gegeben, ohne den Personenstand des Kindes anzugeben. Einige Tage vorher hatte auf der Postfahrt von Frankenstein nach Landeck ein Herr mittlerer Größe mit schwarzem Vollbarte, der sich **Jarkiewicz** nannte und für den natürlichen Vater des Kindes ausgab, den Postkondukteur **Seidelmann** bestimmt, das Kind in Pflege zu nehmen. Zugegen war, ein Herr dabei, der sich **Weiß** nannte.

Aus Franzensbad haben **Seidelmann's** dann als Entschädigung für diese Personenstands-Unterdrückung eine Summe Geldes erhalten.

Die Angehörigen des Kindes, welche das Deutsch mit polnischem Accente sprechen, haben bisher nicht ermittelt werden können.

Das Kind befindet sich jetzt in Glatz.

Wer über die Personen der Mutter und der sonst an diesem Verbrechen betheiligten Personen Auskunft geben kann, wird ersucht, zu den Akten J. 2151. 82 Anzeige zu machen.

Glatz, den 12. April 1883.

Der Erste Staatsanwalt.

Bekanntmachung.

Der Amtsrichter **Ludwig Albrecht Kolisch zu Neutomischel** und Fräulein **Selma Weise zu Alt-Beckern** bei Liegnitz, welche die Ehe mit einander einzugehen beabsichtigen und ihren ersten Wohnsitz in **Neutomischel**, Provinz Posen, nehmen werden, haben die dort geltende Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes für ihre Ehe ausgeschlossen.

Liegnitz, den 2. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem **Heinrich Scheibel** gehörige, zu Kreutz belegene, im Grundbuch von Kreutz Blatt Nr. 42 verzeichnete Grundstück nebst Zubehör soll

den 30. April 1883,

Vormittags 10 Uhr,

im Wege der Zwangsversteigerung öffentlich an den Meistbietenden verkauft, und demnächst das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

den 30. April 1883,

Vormittags 11 Uhr,

im hiesigen Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 1, verkündet werden.

Das zu versteigernde Grundstück ist zur Grundsteuer, bei einem derselben unterliegenden Gesammtflächenmaß von 19 ha 20 a mit einem Reinertrag von 41,55 Mark und zur Gebäudesteuer mit einem jährlichen Nutzungswerthe von 45 Mark veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle und Abschrift des Grundbuchblattes, ingleichen etwaige Abschätzungen, andere das Grundstück betreffende Nachweisungen und besondere Kaufbedingungen sind in unserer Gerichtsschreiberei einzusehen.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis zum Erlaß des Zuschlagsurtheils anzumelden.

Unruhstadt, den 1. März 1883.

Königliches Amtsgericht.

Die dem Schachtmeister **Ernst Zaremba** und seiner Ehefrau Susanna geborenen Pietsch zu Sarnowko gehörigen, zu Sarnowko, Kreis Kröben, belegenen, im Grundbuche von Sarnowko Band 10 a Blatt Nr. 12, 20, 33 verzeichneten Grundstücke, und zwar 1) das Grundstück Nr. 12, bestehend aus Wohnhäusern, Wirthschaftsgebäuden, Hof und Garten, 2) das Grundstück Nr. 20, bestehend aus Wiese, 3) das Grundstück Nr. 33, bestehend aus Acker nebst Zubehör, soll

den 13. Juni 1883,

Vormittags 9½ Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle, im Wege der nothwendigen Subhastation öffentlich an den Meistbietenden versteigert und demnächst das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages

den 15. Juni 1883,

Vorm. 9 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Das zu versteigernde Grundstück Nr. 12 ist zur Grundsteuer bei einem derselben unterliegenden Gesammtflächenmaß von 62 a 50 qm mit einem Nutzungswerthe von 225 Mark und einem Reinertrage von 7,26 M., das Grundstück Nr. 20 mit einer Fläche von 0 ha 52 a 10 qm und einem Reinertrage von 12,24 M. und das Grundstück Nr. 33 mit einer Fläche von 1 ha 25 a 40 qm und mit einem Reinertrage von 19,98 M. veranlagt.

Auszug aus der Steuerrolle und Abschrift des Grundbuchblattes, ingleichen etwaige Abschätzungen, andere das Grundstück betreffende Nachweisungen und besondere Kaufbedingungen sind in unserer Gerichtsschreiberei Abtheilung II, einzusehen.

Alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis zum Erlaß des Zuschlagsurtheils anzumelden.

Rawitsch, den 2. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Die dem Kolonisten **Gustav Eichhorst** in Mrotschen gehörigen, zu Mrotschen, Kreis Wirsitz belegenen, im Grundbuche unter Nr. 11, 328 und 373 Band II, XIII und XIV Blatt 11, XIII und XIV verzeichneten Grundstücke mit einem Gesammtmaße der der Grundsteuer unterliegenden Flächen von 75 Ar, dessen Reinertrag zur Grundsteuer auf 5,21 Mark u. dessen Nutzungswerth zur Gebäudesteuer auf 630 Mark veranlagt ist, sollen

am 11. Mai 1883,

Vormittags um 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages

am 11. Mai 1883,

Mittags 12½ Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke Mrotschen Nr. 11, 328 und 373 betreffende Nachweisungen, deren Einreichung jedem Subhastations-Interessenten gestattet ist, ingleichen besondere Kaufbedingungen können in unserer Gerichtsschreiberei II eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthums- oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Nakel, den 9. März 1883.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unserem Gesellschaftsregister ist bei der Eintragung Nr. 6 in Spalte 4 Folgendes eingetragen worden:

Ueber das Vermögen der Handelsgesellschaft **A. L. Samuelsohns Söhne zu Schneidemühl** ist am 6. April 1883, Nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Eingetragen zufolge Verfügung vom 9. April 1883 am 9. April 1883.

Schneidemühl, den 9. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Tarif Braunschweig-Berlin-Bromberg-Breslau.

Am 1. Mai d. J. tritt der Nachtrag IV. zum obenbezeichneten Tarife in Kraft.

Derselbe enthält unter Anderem Aenderung des Titels des Tarifs, Aenderung der Nomenclatur des Ausnahme-Tarifs 2 (Holz europäisches des Spezial-Tarifs II), Ergänzungen der Bestimmungen der Vorbemerkungen zu E „Kilometerzeiger", Ergänzungen und Berichtigungen des Haupttarifs, sowie anderweite Entfernungen für Posen, Station der O. S. E.

Druckexemplare des Nachtrags sind bei unseren Stationskassen zum Preise von 0,10 M. zu haben.

Breslau, den 10. April 1883.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Große Gerberstraße 20

ein Laden nebst angrenzender Wohnung u. Speicherräume vom 1. Juli zu vermiethen. Zu erfragen bei **S. Korniker,** Büttelstr. 11.

2 eleg. möbl. Zimmer
sind bill. z. verm. Friedrichstr. 11 part. rechts.

Familien-Nachrichten.

Statt jeder besonderen Meldung.
Die Verlobung meiner Tochter **Bertha** mit Herrn **Julius Held** in Posen beehre ich mich hiermit ergebenst anzuzeigen.

Ww. Henriette Joachimczyk.

Bertha Joachimczyk,
Julius Held,
Verlobte.

Heute früh um 5 Uhr verstarb nach mehrtägigem schweren Leiden unser theurer Gatte und Vater, der königl. Gymnasial-Oberlehrer a. D., Professor

Joseph Molinski

am Gehirnschlage. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. d. M., Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Gr Gerberstraße Nr. 18, aus statt.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Posen, den 16. April 1883.

Heute Abend ¾7 verstarb sanft nach längerem Krankenlager unser lieber Sohn und Bruder

Adalbert Toporski.

Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittag 3 Uhr statt
Mur. Goslin, d. 15. April 1883
Die trauernden Hinterbliebenen.

Heute früh 6¾ Uhr folgte auch unsere theure Mutter, Schwester und Tante, Frau Hotelbesitzerin

Josepha Bock,
geb. **Wandel,**

im 43. Lebensjahre ihrem am 12. d. M. verstorbenen Gatten in's Jenseit, was hiermit tiefbetrübt anzeigen

Wollstein, den 14. April 1883.
Die Hinterbliebenen.

Z. W. keine Aussicht!!!
H. J. B. M.

Danksagung.

Nachdem mein Sohn die hiesige Knabenschule besucht, und jetzt, 12 Jahr alt, dieselbe verlassen und nach Unter-Tertia des Gymnasiums gekommen, sehe ich mich veranlaßt **Sr. Ehrwürden, dem Herrn Pastor Schramm** (als **bisheriger Vorsteher** der **genannten Schule**), sowie dem jetzigen Vorsteher, Herrn **Candidat Theol. Oehlkers,** welcher lange Jahre als Lehrer bei dieser Schule mitgewirkt, hier öffentlich meinen Dank auszusprechen.

Max Heimann
in Wreschen.

Am Sonnabend, den 14. d., ist auf dem Wege von St. Martin, Breslauerstraße bis zur Breitenstraße eine Rolle mit **Schriftstücken,** eingerollt in grauem Papier und zusammengebunden mit einem grauen Heftfaden, verloren gegangen. Dem ehrlichen Finder wird eine gute Belohnung gegen Rückgabe derselben, **Bäckerstr. 8,** part. r., zugesichert.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Marie Schmecht mit Herrn Karl Gabriel in Schloß Militsch. — Verw. Frau Sanitätsrath Elisabeth Marggraff geb Schütz mit Heinrich Freiherr v. Dalwig in Berlin. — Frl. Olga Conradi mit Dr. jur. R Schellbach in Rudolstadt. — Frl. Hedwig Petersen mit Dr. jur. Paul Blankenhorn in Kassel.

Verehelicht: Geh. Sekretär Rud. Riese mit Frl. Hedwig Keller in Berlin.

Geboren: Ein Sohn: Herrn E. Berndt in Strehlen. — Eine Tochter: Herrn Rudolph Bennewitz. Herrn Adolf Langner in Schweidnitz. Konkursmassen-Verwalter Karl Georg Fischer. Pastor Schütze in Marwitz. Amtsrichter Kühn in Rügenwalde. Rittmeister a. D. Werner von der Schulenburg-Propstei Salzwedel.

Gestorben: Apotheker August Leopold Selle. Frau Henriette Eschner geb. Graßmann. Frau Emilie Klitzing geb. Meyer. Herr Hermann Otto Voigt. Frau Auguste Thomas geb. Arnold. Herr Fritz Busse. Kantor Albert Fraude in Fürstenwalde a. Spree. Pfarrer Gustav Neumann in Staffelde.

Für die Inserate mit Ausnahme des Sprechsaals verantwortlich der Verleger

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (Emil Röstel) in Posen